



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
20.03.2026 ZEIT online: Radioaktiver Atom Müll: Geplante Castor-Transporte werden mindestens 150 Millionen Euro kosten	4
21.03.2026 Münsterland Zeitung: Kritik, Fragen und Antworten zu Castortransporten aus Jülich	5
18.03.2026 PNP-Online: Oberverwaltungsgericht Ahaus wehrt sich erneut gegen Atom Müll-Einlagerung	7
20.03.2026 rp-online: Flugverbot für Drohnen: Castortransport-Strecke vorübergehend im Netz veröffentlicht	8
20.03.2026 WAZ.de: Castor-Transporte durch NRW: Haben Behörden die geheime Route nach Ahaus geleakt?	9
21.03.2026 Siegener Zeitung Siegen Süd: Kritik bei Info-Abend zu Castor-Lagerung	11
21.03.2026 Allgemeine Zeitung (Coesfeld): Es hagelt Vorwürfe gegen Verantwortliche	12
23.03.2026 Bocholter-Borkener Volksblatt: Eilverfahren soll Castor-Transporte vorerst stoppen	13
20.03.2026 Neues Deutschland: Atom Müll Castor-Transporte in NRW stehen unmittelbar bevor	14
22.03.2026 AG Schacht Konrad: Atom Müllverschiebung ohne Perspektive	15
20.03.2026 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung: Firmenstaffeln spenden für Wünschewagen und HSG	16
20.03.2026 energate Messenger: Kernenergie als neue, alte Option für Deutschland?	17
21.03.2026 Hamburger Abendblatt: Groß, größer, Konrad: Bald kommt das unterirdische Betonwerk	19
21.03.2026 Kreiszeitung Wesermarsch: Erneut Castoren-Umschlag?	21
21.03.2026 deutsche-wirtschafts-nachrichten.de: Kernenergie: China und Russland bauen Atomkraft weiter aus	22
21.03.2026 Südwest Presse Ulm: Endlager: Entscheidung rückt näher	24
21.03.2026 HarzKurier: Endlagersuche: Im Herbst soll es Neuigkeiten geben	25
22.03.2026 umweltFAIRaendern.de: Brokdorf: Transporte mit hoch radioaktivem Atom Müll aus britischer Plutoniumfabrik ins Zwischenlager genehmigt	26
22.03.2026 Trading-Treff: Kepco E&C Aktie: Nuklear-Boom beflügelt	29
22.03.2026 Cleanthinking: Kommentar zu SMR und Atomkraft: Harald Lesch zerlegt von der Leyens „strategischen Fehler“ von Friedemann Volk	30
22.03.2026 web.de: Nächstes deutsches AKW? "Auf Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben"	33
20.03.2026 Mannheimer Morgen: Neuer Leiter für den Betrieb der drei Zwischenlager in Biblis	36
20.03.2026 Das Parlament: Wiedereinstieg in die Kernkraft - Die AfD trommelt erfolglos für ein Revival der Atomkraft	37

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 ZEIT online

Radioaktiver Atommüll: Geplante Castor-Transporte werden mindestens 150 Millionen Euro kosten

20. März 2026 12:12 | Medienart: Online | Visits/Monat: 74.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Radioaktiver Atommüll soll von Jülich nach Ahaus in Nordrhein-Westfalen gebracht werden. Die Kosten sind hoch, aber laut der Gesellschaft JEN noch die günstigste Lösung. Die geplanten Transporte von hoch radioaktivem Atommüll von Jülich nach Ahaus werden mindestens 150 Millionen Euro kosten, so die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN). Die technische Geschäftsführerin Beate Kallenbach-Herbert gab diese Information auf einer Bürgerinformation in Ahaus bekannt. Die Ausgaben für den begleitenden Polizeieinsatz auf den Autobahnen Nordrhein-Westfalens sind in diesem Betrag noch nicht enthalten. Trotz der hohen Kosten betonte Kallenbach-Herbert, dass die Transporte immer noch günstiger seien als der Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich für 400 Millionen Euro. Die Situation wird weiter aktualisiert.

Die geplanten Transporte von hoch radioaktivem Atommüll von Jülich nach Ahaus werden nach Angaben der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) mindestens 150 Millionen Euro kosten. Das gab die technische Geschäftsführerin der JEN, Beate Kallenbach-Herbert, auf einer Bürgerinformation in Ahaus bekannt. Die Ausgaben für den begleitenden Polizeieinsatz über die Autobahnen Nordrhein-Westfalens seien in diesem Betrag noch nicht enthalten.

Die Transporte seien laut Kallenbach-Herbert teuer, aber immer noch günstiger, als am Forschungszentrum Jülich ein neues Zwischenlager für 400 Millionen Euro zu bauen.

Dieser Artikel wird weiter aktualisiert.

Kritik, Fragen und Antworten zu Castortransporten aus Jülich

Viele offene Fragen, wenig klare Antworten: Beim Bürgerdialog in Ahaus stellten

sich Vertreter von BGZ, JEN und BASE der Kritik zur geplanten Castor-Einlagerung.

Wann rollen die ersten Castor-Transporte – und wie sicher ist das Zwischenlager in Ahaus? Diese Fragen standen im Mittelpunkt eines Bürgerdialogs am Donnerstagabend (19. März) im Rathaus der Stadt Ahaus. Konkrete Antworten gab es nur teilweise. Dafür wurde deutlich: Die Fronten bleiben verhärtet.

Rund 70 Bürger, Vertreter von Initiativen und Behördenvertreter diskutierten über die geplanten Transporte von 152 Castor-Behältern aus Jülich nach Ahaus. Der Termin für den ersten Transport bleibt weiter geheim. Gleichzeitig deuteten Verantwortliche an, dass sich das Projekt in einer entscheidenden Phase befindet.

Transport rückt näher

Alle technischen und rechtlichen Voraussetzungen sind erfüllt - die Castor-Transporte können also jederzeit beginnen. „Wir befinden uns gerade in dem Stadium, kurz vor dem Transport“, sagte Dr. David Knollmann von der BGZ in einer Pressekonferenz.

Ein konkretes Datum nannte niemand. Die Polizei äußert sich dazu bewusst nicht, um Einsatzpläne nicht zu gefährden. Klar ist aber: Die Transporte können kurzfristig starten. Auch organisatorische Details wurden genannt. Der Transport von bis zu drei Castor-Behältern könnten gebündelt werden. Ein einzelner Schwertransporter darf laut Jörg Kriewel bis zu 80 km/h fahren, er ist Sprecher für die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen

(JEN). Für die Einlagerung eines Behälters werde etwa ein Tag benötigt – bei drei gleichzeitig entsprechend bis zu drei Tage.

Vertreter der Behörden betonten mehrfach, dass keine Gefahr für die Bevölkerung bestehe. „Es gibt keinen Rabatt bei der Sicherheit“, versicherte Dr. Christoph Bunzmann vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Auch bei Unfällen während der Transporte nicht. Die Strahlung liege deutlich unter den gesetzlichen Grenzwerten. Die Behälter seien massiv gebaut und mehrfach gesichert - auch gegen Störungsmaßnahmen von außen.

Kritik aus dem Publikum

Im Saal zeigte sich ein anderes Bild. Viele Bürger äußerten deutliche Zweifel – teils lautstark. Immer wieder kam es zu Zwischenrufen und zu lauten Unterbrechungen der Redner. Applaus gab es vor allem für kritische Wortmeldungen aus dem Publikum.

Ein zentraler Kritikpunkt: fehlende politische Verantwortung. Mehrere Bürger bemängelten, dass sich keine Politiker der Diskussion in Ahaus gestellt hätten. Entscheidungen über Atommüll seien letztlich politisch, so die breite Meinung im Publikum.

Auch die langfristige Perspektive sorgte für Unmut. Die Genehmigung für das Zwischenlager in Ahaus läuft 2036 aus. Viele Bürger befürchten, dass sich die Zwischenlagerung deutlich verlängern könnte.

Kritiker hielten dagegen, dass wichtige Faktoren – etwa Polizeikosten oder spätere zusätzliche Transporte – in einer Vorstellung von einzelnen Kosten nicht enthalten seien. Von „unvollständigen

Kalkulationen“ war die Rede. Die Worte „Halbwahrheiten“ und „Lügen“ kamen immer wieder als lautstarke Rufe aus den Zuschauerreihen.

Beate Kallenbach-Herbert (JEN) erklärte dazu, dass die Kosten für den Polizeieinsatz nicht in ihrer Zuständigkeit lägen.

Man habe darauf „keine Einsicht“ und könne sich deshalb auch nicht dazu äußern. Vertreter der Polizei waren nicht vor Ort.

Die Dimension der Einsätze wird beim Blick auf die Polizei deutlich. Nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei NRW könnten bis zu 4500 Einsatzkräfte die Transporte begleiten. Zum Vergleich: Bei großen Fußball-Derbys sind laut Gewerkschaft meist 2500 bis 3000 Beamte im Einsatz.

Offene Fragen bleiben

Auch technische und organisatorische Fragen konnten nicht abschließend geklärt werden. Dazu gehörten etwa mögliche Schäden an Infrastruktur etwa Straßen und Brücken, alternative Transportstrecken oder Szenarien bei Störungen.

Die Behörden verwiesen mehrfach darauf, dass viele Details – etwa Routen oder Sicherheitskonzepte – aus Gründen der Gefahrenabwehr nicht öffentlich gemacht werden könnten.

Rechtlicher Rahmen

Juristisch sind die Transporte derzeit möglich. Gerichte haben zuletzt mehrere Klagen gegen die Genehmigungen abgewiesen. Parallel läuft ein neues Verfahren - jedoch betrifft das nicht die Transporte aus Jülich: Die Stadt Ahaus hat ein Eilverfahren gegen mög-

liche Einlagerungen aus München eingeleitet. Hintergrund ist, dass dort zwar Transport-, aber keine Einlagerungsgenehmigung vorliegt.

Stimmung angespannt

Auch außerhalb des Rathauses formierte sich Protest. Vor Beginn der Veranstaltung hielten Anti-Atomkraft-Initiativen eine Mahnwache vor dem Gebäude ab.

ab.

In einer Pressemitteilung mehrerer Initiativen äußern diese zudem die Vermutung, dass der erste Castor-Transport bereits am Dienstag, 24. März, starten könnte. Offiziell bestätigt ist dieser Termin bislang aber nicht. Für diesen Fall kündigten die Initiativen bereits weitere Proteste in Jülich und Ahaus an.

Der Bürgerdialog endete planmäßig gegen 21 Uhr. Einige Zuschauer verließen die Veranstaltung jedoch schon vorzeitig – zu viele Fragen wurden aus ihrer Sicht nicht ausreichend beantwortet.

Zurück bleibt ein klarer Eindruck: Die Informationen der Behörden konnten die Skepsis vieler Bürger nicht ausräumen.

Moritz van der Sande

Wörter:	764	Ausgabe:	Nebenausgabe
Autor/-in:	van der Sande, Moritz	Auflage ¹ :	9.373 (gedruckt)
	1378580		13.842 (verkauft)
	movs		17.488 (verbreitet)
Seite:	16	Reichweite ² :	0,05137 (in Mio)
Ressort:	Ahaus		
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		
Urheberinformation: Münsterland Zeitung			
¹ IVW 4/2025			
² AGMA ma 2025 Tageszeitungen			

Abbildung: Jörg Kriewel (JEN) und Beate Kallenbach-Herbert (JEN) beantworten beim Bürgerdialog in Ahaus Fragen zu den geplanten Castor-Transporten. FOTO picture alliance/dpa

Fotograf/-in: Christoph Reichwein / picture alliance/dpa

Abbildung: Vor dem Bürgerdialog versammelten sich Menschen zu einer Mahnwache vor dem Ahauser Rathaus und protestierten gegen die geplanten Castor-Transporte. FOTO picture alliance/dpa

Fotograf/-in: Christoph Reichwein / picture alliance/dpa

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 PNP-Online

Oberverwaltungsgericht Ahaus wehrt sich erneut gegen Atommüll-Einlagerung

18. März 2026 17:10 | Medienart: Online | Visits/Monat: 17.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Stadt zieht erneut vor Gericht: Die Kommune will verhindern, dass 21 Castorbehälter mit **Atommüll** aus München ins Zwischenlager ins Münsterland kommen.

Die Stadt Ahaus will juristisch die Einlagerung von bis zu 21 Castorbehältern aus dem Versuchsreaktor München II im Zwischenlager Ahaus verhindern. Die Stadt hat sich deshalb an das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht (OVG) mit Sitz in Münster gewandt, wie eine Gerichtssprecherin auf Nachfrage mitteilte. Grund: Das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** (Base) hat im August 2025 eine Aufbewahrungsgenehmigung für den **Atommüll** aus Bayern erteilt. Vollzogen werden darf diese Genehmigung sofort. Gegen diesen Bescheid hat die Stadt beim Amt Widerspruch eingelegt.


Dieser Widerspruch hat allerdings keine aufschiebende Wirkung, so dass die Transporte aus München nach Nordrhein-Westfalen sofort rollen könnten. Gegen den sofortigen Vollzug richtet sich das Eilverfahren am OVG. Für zwei Transporte mit jeweils einem Castorbehälter aus Bayern über die Straße nach NRW liegt bereits eine bestandskräftige Genehmigungen vor.

2024 hatte das OVG entschieden, dass **Atommüll** aus dem rheinischen Jülich in Ahaus lagern darf. Hier geht es um 152 Castorbehälter. Auch dagegen war die Stadt gerichtlich vorgegangen, am Ende aber erfolglos. Das Zwischenlager in Ahaus hat rechtskräftige Genehmigungen zur Aufbewahrung abgebrannter Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren sowie bestrahlter Kugelbrennelemente aus dem ehemaligen Thorium-Hochtemperatur-Reaktor in Hamm aus dem Jahr 1987. Diese gelten bis zum 31. Dezember 2036. Soll weiterer **Atommüll** in Ahaus zwischengelagert werden, wie jetzt aus dem Forschungsreaktor in München, muss das **Bundesamt** Änderungsbescheide erteilen.

Bislang nur Zwischenlager

Es gibt in Deutschland derzeit noch keine **Endlager**, in denen auf Hunderttausende Jahre hinweg strahlender **Atommüll** sicher gelagert werden soll. Stattdessen gibt es sechzehn Zwischenlager, unter anderem in Ahaus.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 rp-online

Flugverbot für Drohnen: Castortransport-Strecke vorübergehend im Netz veröffentlicht

20. März 2026 17:18 | Medienart: Online | Visits/Monat: 48.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Düsseldorf · Eine Seite des Bundesverkehrsministeriums liefert den Atomkraftgegnern Hinweise darauf, wo die 130 Tonnen schweren Transporte entlangfahren sollen. Das Land rechnet mit „temporären verkehrlichen Behinderungen“.

Diese Audioversion wurde künstlich generiert. Mehr Infos | Feedback senden Teilnehmer einer Demonstration gegen die geplanten Castor-Transporte ziehen durch Bottrop. Von Maximilian Plück Leiter Redaktion Landespolitik Von Maximilian Plück Düsseldorf Im Katz- und Mausspiel um den geplanten Castortransport von Jülich ins 170 Kilometer entfernte Ahaus konnten die Atomkraftgegner am Freitag einen Punktsieg erringen. Auf der Digitalen Plattform Unbemannte Luftfahrt wurden die Aktivisten fündig, denn dort veröffentlichte das Bundesverkehrsministerium für den Zeitraum 20. bis 27. März ein Drohnen-Flugverbot. Gekennzeichnet war die rot hinterlegte Fläche entlang der Strecke von Jülich nach Ahaus mit der Kennzeichnung „Polizeilicher Einsatz in Nordrhein-Westfalen“. Die Strecke führt demnach von Jülich bis Jüchen und dann wahlweise über die A46/A57 oder die A44, sowie über die A42 an Oberhausen vorbei auf die A31 bis nach Ahaus. Im Laufe des Tages verschwand die rot hinterlegte Fläche dann wieder von der Plattform. Schon am Vorabend war die technische Geschäftsführerin der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (Jen), Beate Kallenbach-Herbert, bei einem Bürgerdialog im Ahauser Rathaus dem Eindruck entgegengetreten, dass es nur eine festgelegte Strecke gebe. „Es sind verschiedene Routen geprüft worden. Es ist auch mehr als eine Route möglich.“ Welche schlussendlich gefahren werde, werde man situationsbedingt auch in Abstimmung mit der Polizei oder von der Polizei festgelegt. Die Strecken würde sehr regelmäßig auf ihre Schwerlasttauglichkeit hin überprüft – „aber meines Wissens nach nicht vor jedem Transport.“ Aus einem Bericht von NRW-Energieministerin Mona Neubaur an den Landtag geht hervor, dass es zwischen der Polizei NRW und dem Beförderer Orano NCS drei sogenannte Koordinierungsgespräche gegeben habe. Das Ministerium war als Atomaufsicht NRW bei diesen Gesprächen anwesend. „In diesen Gesprächen stimmt sich die Polizei im Rahmen der durch das BASE erteilten Transportgenehmigung mit dem Genehmigungsinhaber über die Art und Weise der Durchführung der Transporte ab“, schreibt Neubaur. „Temporäre verkehrliche Behinderungen durch die Transporte entlang der Strecke können nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Gleichwohl ist von keiner weitergehenden Betroffenheit der NRW-Wirtschaft auszugehen“, schreibt sie. Dietmar Brockes,

energiepolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, nannte den Transport nach Ahaus unzweifelhaft notwendig, um den bisherigen Zustand illegaler und unzureichend sicherer Lagerung endlich zu beenden. „Das Risiko geht dabei von den leider zu erwartenden gewalttätigen Protesten und nicht von den Castoren selbst aus. Ich rufe daher alle Demonstrantinnen und Demonstranten zu gewaltfreiem Protest auf.“ Brockes kritisierte „die jahrelange Geheimniskrämerei von Ministerin Neubaur und den zuständigen Behörden“. Diese trage nicht dazu bei, den Transport sicherer zu machen und die Debatte zu befrieden. „Ob die Transporte nun am Dienstag starten oder nicht: Es wird politisch aufzuklären sein, ob Neubaur dem Parlament und der Öffentlichkeit wichtige Informationen verschwiegen hat, um ihr grünes Vorfeld nicht zu verärgern.“ Jen-Geschäftsführerin Kallenbach-Herbert rechnete noch einmal vor, dass der Transport nach Ahaus und die dortige Lagerung für 50 Jahre mit etwa 151 Millionen Euro deutlich günstiger ausfallen als der Neubau eines genehmigungsfähigen Zwischenlagers mit 560 Millionen Euro am Standort Jülich. Hartmut Liebermann von der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ nannte diese Rechnung umgehend „durch und durch unseriös“, weil die Rechnung nicht die massiven Kosten für den Polizeieinsatz enthalte. Derweil sorgte im Lager der Castorgegner die Information der Jen, wonach man inzwischen über vier Transporteinheiten verfüge, zu Spekulationen darüber, ob man bei den ersten Transporten Leerfahrten vornehme, um ein Gespür für den Widerstand zu bekommen und dann entweder unmittelbar anschließend oder mit etwas zeitlicher Verzögerung den eigentlichen Transport starten. Betreiber, Polizei und Innenministerium äußern sich aus einsatztaktischen Erwägungen nicht zu Details.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

W WAZ.de

Castor-Transporte durch NRW: Haben Behörden die geheime Route nach Ahaus geleakt?

20. März 2026 15:30 | Medienart: Online | Visits/Monat: 18.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

An Rhein und Ruhr.

Der geplante Castor-Transport nach Ahaus sorgt für Wirbel: Haben Behörden seine geheime Route versehentlich publik gemacht? Das birgt Brisanz.

Rollt schon bald der erste Castor-Transport von Jülich nach Ahaus? Seit das zuständige Oberverwaltungsgericht die Transportgenehmigung vor rund eineinhalb Jahren vergeben hatte, wird über die mögliche Route spekuliert. Nun hat das Bundesverkehrsministerium diese offenbar selbst auf seiner

„Digitalen Plattform Unbemannte Luftfahrt“ (Dipul.de) veröffentlicht.

Demnach gilt seit dem Freitagmittag (20. März) bis Samstag, 28. März, um 0 Uhr, eine Flugverbotszone für Drohnen, die sich entlang der Autobahnen zwischen Jülich und Ahaus erstreckt. Der Verlauf deckt sich Medienberichten zufolge mit möglichen Transportrouten für Schwertransporte über die Autobahnen.

Folgen Sie der Redaktion auf Social Media:

Drohnenflug wegen Castor-Transport in Ahaus vorübergehend verboten?

Zudem gibt es eine Flugverbotszone für Drohnen, die sich westlich von Ahaus in einem 3,7-Kilometer-Radius um jenen Ort erstreckt, an dem das Zwischenlager liegt, in das die Castoren verbracht werden sollen. Laut der Dipul-Meldung ist ein polizeilicher Einsatz in NRW Grund für die temporären Flugverbote.

Am Mittag war die Autobahn-Route einem WDR-Bericht zufolge beim Dipul öffentlich einsehbar. Am frühen Nachmittag war die Seite plötzlich von Dipul verschwunden. Wurde hier die Route über die A44, A46 und A57 versehentlich geleakt? Den Kartendaten zufolge sollte es über die Autobahn vorbei an Neuss, Düsseldorf, Krefeld und Moers gehen, dann auf die rechtsrheinische Seite nördlich an Duisburg und Oberhausen vorbei.

Eine mögliche Transportroute hatten die Behörden bislang aus Angst vor möglichen Anschlägen oder Protest- und Blockadeaktionen geheim gehalten. Rund 150 Castor-Behälter mit radioaktivem Abfall müssen über die rund 170 Kilometer lange Strecke aus Jülich im Kreis Düren ins Münsterland nach Ahaus gebracht werden. Theoretisch ginge das über die Straße oder Schienenwege.

Umweltverbände und Bürgerinitiativen kämpfen jedoch seit Jahren gegen die Transporte und lehnen jede Unterbringung von nuklearem Abfall in Ahaus ab. Ein Eilantrag des BUND gegen die Transportgenehmigung wurde im Januar jedoch abgelehnt. Diese hatte das zuständige Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) erteilt. Das Gericht sah den Antrag als unzulässig an. Castor-Behälter lagern und transportieren radioaktiven Abfall

Der Begriff „Castor“ ist eine Abkürzung für die englische Bezeichnung der Behälter: „Cask for Storage and Transport of Radioactive Material“ (dt. „Behälter zur Lagerung und zum Transport radioaktiven Materials“). In ihnen werden verbrauchte Brennelemente und anderer radioaktiver Abfall, unter anderem aus Atomkraftwerken, gelagert. Brennelemente dürfen bis zu 40 Jahre in einem Behälter bleiben.

Die normalen Castor-Behälter sind etwa sechs Meter lang und haben einen Durchmesser von zwei Metern. Vollbeladen können sie bis zu 150 Tonnen wiegen. In Jülich hingegen sind kleinere Castor-Behälter des Typs „CASTOR THT/AVR“ gelagert. Diese wiegen bis zu 30 Tonnen und enthalten schwach- und mittelradioaktive Abfälle des 1988 stillgelegten Versuchsreaktors in Jülich sowie dessen Brennstoffe.

Kritik bei Info-Abend zu Castor-Lagerung

Wie reagieren Behörden auf Sorgen zur Sicherheit und Zukunft des Zwischenlagers im Münsterland? Beim Dialog in Ahaus stehen Transport und Genehmigungen im Fokus der Diskussion

Ahaus. Vor den anstehenden Transporten von 152 Castorbehältern von Jülich nach Ahaus haben die zuständigen Behörden am Abend die Bevölkerung im Münsterland informiert. Bei einer Dialogveranstaltung waren rund 70 Anwohner und Vertreter der Antiatombewegung im Rathaus der Stadt.

Vertreter der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen mbH (JEN) als Auftraggeber der Transporte sowie das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) stell-

ten sich den Fragen der Gäste. Das Base ist für die Genehmigungen der Transporte und die Einlagerung im Zwischenlager in Ahaus zuständig. Betreiber ist, wie auch bei den anderen 15 Zwischenlagern in Deutschland, die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ).

Die Fragen drehten sich um die Sicherungssysteme der eingelagerten Castoren und die im Jahr 2036 auslaufende Genehmigung für das Zwischenlager in Ahaus. Wiederholt drückten die Redner

ihre Kritik daran aus, dass sich keine Politiker der Diskussion gestellt haben, die ja dafür verantwortlich sind, dass es bislang in Deutschland keine Lösung für ein Endlager gibt.

Wann der erste Transport von Jülich nach Ahaus starten wird, ist derzeit offen. Die zuständige Polizei in Münster äußert sich derzeit zu der Frage nicht, um ihren Einsatzplan nicht zu gefährden. dpa

Wörter:	184	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	2	Auflage ¹ :	11.598 (gedruckt)
Ressort:	Landesnachrichten		13.103 (verkauft)
Medienkanal:	PRINT		13.374 (verbreitet)
Mediengattung:	Tageszeitung	Reichweite ² :	0,03568 (in Mio)
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Siegener Zeitung

¹ von PMG gewichtet 01/2026

² von PMG gewichtet 7/2025

Informationsabend in Ahaus zu den bevorstehenden Castor-Transporten und der Atomwüll-Lagerung

Es hagelt Vorwürfe gegen Verantwortliche

AHAUS. Nächste Woche sollen die ersten Castoren aus Jülich nach Ahaus kommen. Am Donnerstagabend hatten unter anderem die Betreiber des Zwischenlagers in Ahaus zu einer „Dialogveranstaltung“ ins Rathaus eingeladen.

Damit wolle man den Menschen vor Ort kurz vor dem Transport die Gelegenheit zu geben, „Fragen, Ängste und Sorgen loszuwerden und mit den betroffenen Institutionen ins Gespräch zu kommen“, so Burghard Rosen, Sprecher der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung, die auch das Brennelemente-Zwischenlager Ahaus (BZA) betreibt.

Doch es gab vor allem Vorwürfe. „Lügen“, „Schönfärberei“, „Halbwahrheiten“ und „fehlende Seriosität“ musste sich etwa Beate Kallenbach-Herbert anhören, die „Vorsitzende Technische Geschäftsführerin“ der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN).

Die meisten der rund 70 Besucher, die sich zu Wort meldeten, nutzten vor allem die Chance, den Offiziellen Vorwürfe zu machen. Burkhard Helling von der Bürgerinitiative „Kein Atomwüll in Ahaus“ äußerte die Sorge, „dass Ahaus zu einem Atomwülllager verkommt“. Mitstreiter Hartmut Liebermann betonte, dass jüngere Zwischenlager in Deutschland deutlich dickere Decken hätten und die Betreiber des Forschungsreaktors nie ernsthaft versucht hätten, eine Lagerung in Jülich umzusetzen: „Sie haben alles getan, um den Neubau einer zeitgerechten Lagerhalle zu verhindern.“

Viel drehte sich um die Frage, was passiert, wenn die Lagerung in Ahaus nicht mehr genehmigungsfähig sei. Das Bemühen von Dr. Christoph Bunzmann vom Bundesamt für die Sicherheit der

nuklearen Entsorgung (BASE), seine Unabhängigkeit zu beweisen, stieß auf Skepsis, obwohl er betonte: „Wir sind keine Marionetten.“ Dass das Amt vor einigen Jahren die Genehmigung für das Lager in Jülich habe auslaufen lassen, sei dafür ein Beweis. Ersten Applaus gab es, als Bunzmann sagte, dass „viele von Ihnen den Transport für sinnlos und gefährlich halten“. Er sehe das anders, so der Physiker und Leiter der BASE-Abteilung Genehmigungen. Der Transport sei selbst bei einem Unfall sicher oder wenn Transporte angegriffen würden.

Auch die BGZ betonte die hohe Sicherheit der Lagerung. Zusätzliche Schutzwände, Doppel-Deckel-Dichtsystem und erfolgreiche Probeläufe seien Beleg dafür, dass von dem hochradioaktiven Müll keine Gefahr ausgehe.

Wörter:	333	Jahrgang:	2026
Autor/-in:	Von Stefan Werding	Nummer:	20260321
Seite:	3 bis 3	Ausgabe:	Hauptausgabe
Rubrik:	WESTFALEN	Auflage ¹ :	7.837 (gedruckt) 8.842 (verkauft) 9.010 (verbreitet)
Medienkanal:	PRINT	Reichweite ² :	0,01456 (in Mio)
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹ von PMG gewichtet 01/2026

² von PMG gewichtet 7/2025

Abbildung: Rund 70 Menschen waren ins Ahauser Rathaus gekommen, um bei der Dialogveranstaltung kurz vor dem bevorstehenden Castortransport dabeizusein.

Fotograf/-in: Foto: Stefan Werding

Eilverfahren soll Castor-Transporte vorerst stoppen

Ahaus (movs) Die Stadt Ahaus geht erneut juristisch gegen Atommüll-Transporte vor. Konkret richtet sich ein Eilverfahren beim Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster gegen die geplante Einlagerung von bis zu 21 Castorbehältern aus dem Forschungsreaktor München II.

Dass das Verfahren bereits läuft, bestätigte die Vorsitzende Richterin am Oberverwaltungsgericht, Dr. Gudrun Dahme, auf Nachfrage. Demnach wurde das Eilverfahren am Dienstag (17. März) eingeleitet.

Wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) berichtet, wendet sich die Stadt gegen den sogenannten Sofortvollzug einer Genehmigung des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) aus August 2025. Diese erlaubt die Aufbewahrung der Castoren

in Ahaus – und kann sofort umgesetzt werden.

Ein Widerspruch der Stadt hat keine aufschiebende Wirkung. Genau das will Ahaus nun mit dem Eilverfahren ändern. Ziel ist es, die Transporte vorerst zu stoppen.

Nach Angaben der Stadt Ahaus hatte sie zuvor beim Bundesamt selbst beantragt, den Sofortvollzug auszusetzen. Über diesen Antrag sei bislang jedoch nicht entschieden worden. Deshalb habe die Stadt nun den nächsten Schritt gewählt und den Eilantrag beim Oberverwaltungsgericht eingereicht.

Für die Transporte von zwei Castoren aus Garching (München) liegen laut der Stadt Ahaus bereits Genehmigungen vor. Grundsätzlich könnten die Casto-

ren also jederzeit nach Nordrhein-Westfalen gebracht werden.

Stefan Hilbring, Pressesprecher der Stadt Ahaus ordnet die aktuelle Lage so ein: Stand jetzt ist es vereinfacht gesagt so, dass zwei Castoren aus München eine Transportgenehmigung haben. Für die Einlagerung jedoch (von insgesamt bis zu 21 Castoren) liegt diese Genehmigung aktuell nicht vor.

Das bedeutet im Prinzip: Die beiden Castoren dürften nach Ahaus gefahren werden – sie müssten aber direkt wieder umdrehen, weil sie nicht eingelagert werden dürfen.

Pressesprecher Hilbring weist im gleichen Atemzug darauf hin, dass die beiden Standorte Jülich und München voneinander getrennt betrachtet werden müssen.

Wörter:	290	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	van der Sande, Moritz	Auflage ¹ :	13.503 (gedruckt)
	1378580		20.173 (verkauft)
	movs		20.270 (verbreitet)
Seite:	19	Reichweite ² :	0,06409 (in Mio)
Ressort:	Regionales		
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		
Urheberinformation: (c) BBV			
¹ IVW 4/2025			
² AGMA ma 2025 Tageszeitungen			

Abbildung: Initiativen und Organisationen demonstrieren immer wieder gegen die Castor-Transporte. FOTO: dpa
Fotograf/-in: Guido Kirchner / picture alliance/dpa

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

nd Neues Deutschland

Atommüll | Castor-Transporte in NRW stehen unmittelbar bevor

20. März 2026 12:46 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Nach jahrelangen juristischen und politischen Auseinandersetzungen bereitet sich das Land Nordrhein-Westfalen auf den Beginn der Atommülltransporte vom Forschungszentrum Jülich in das Zwischenlager Ahaus vor. Nachdem das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Anfang März 2026 den Eilantrag der Umweltschutzorganisation BUND gegen die Transportgenehmigung abgelehnt hat, ist der Weg für die Überführung der 152 Castor-Behälter rechtlich frei. Nach Informationen des WDR und von Castor-Gegner*innen könnte der erste Transport schon am kommenden Dienstag rollen. Im Raum Ahaus sollen umfangreich Übernachtungsplätze für Polizist*innen gebucht worden sein.

Gegenstand der Transporte sind rund 288 000 kugelförmige Brennelemente aus dem 1988 stillgelegten Versuchsreaktor AVR in Jülich. Diese lagern derzeit in einem Zwischenlager auf dem Gelände des Forschungszentrums, dessen Betriebsgenehmigung jedoch bereits im Jahr 2013 ausgelaufen ist. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) erteilte im August 2025 die Genehmigung für den Straßentransport über die rund 170 Kilometer lange Strecke nach Ahaus.

Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) sowie die Bundesbehörden betonen die Sicherheit des Vorhabens. Man verweist darauf, dass die Castor-Behälter massiven Belastungen standhalten und die Transporte minutiös mit den Sicherheitsbehörden abgestimmt seien.

Gegen die anstehenden Transporte formiert sich massiver Widerstand, angeführt von Initiativen wie dem Bündnis »Sofortiger Atomausstieg« (SofA Münster). Die Kritiker bezeichnen die Transporte als »sinnlose Atommüllverschiebung ohne Perspektive«. Ein zentraler Kritikpunkt ist der Zustand des Zwischenlagers in Ahaus. Die Initiative Sofa weist darauf hin, dass die dortige Lagerhalle mit einer Deckenstärke von nur rund 20 Zentimetern weit unter modernen Sicherheitsstandards liege.

Zudem wird die zeitliche Begrenzung der Ahauser Genehmigung problematisiert: Diese läuft im Jahr 2036 aus. Die Gegner argumentieren, dass der Müll nach nur wenigen Jahren erneut transportiert werden müsse, da bis dahin kein Endlager zur Verfügung stehen wird. Statt des Transports fordern die Initiativen den Bau eines neuen, dem heutigen Stand der Technik entsprechenden Zwischenlagers direkt in Jülich, um unnötige Risiken auf den Autobahnen zu vermeiden.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Sicherheit auf der Strecke. Die Gegner warnen vor Gefahren durch Unfälle auf maroden Autobahnbrücken sowie vor möglichen Szenarien wie Drohnenangriffen oder Sabotageakten. Der

finanzielle Aufwand für den Schutz der Konvois ist erheblich. In der »Rheinischen Post« erklärte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), dass er mit bis zu 4500 Beamt*innen rechne, die zur Sicherung eines Transports nötig seien. NRW-Innenminister Herbert Reul widersprach dem Polizeigewerkschafter und versicherte, eine niedrigere Zahl an Polizist*innen werde gebraucht. Genauere Angaben gab es dazu aus »einsatztaktischen Gründen« nicht.

Informationsveranstaltungen wie der jüngste Bürgerdialog am Donnerstagabend im Ahauser Rathaus verliefen angespannt. Während die Behördenvertreter versuchten, Bedenken zu zerstreuen, äußerten Anwohner*innen und Aktivist*innen ihre Zweifel und Kritik an den geplanten Transporten. Für den möglichen Transportbeginn am Montag haben Castor-Gegner*innen Protestaktionen sowohl in Jülich als auch in Ahaus organisiert.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



AG Schacht Konrad

Atommüllverschiebung ohne Perspektive

22. März 2026 10:08 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

(So., 22.03.26/SW) In der jahrzehntelangen Auseinandersetzung um 152 (!) CASTOR-Transporte aus dem ...

Firmenstaffeln spenden für Wünschewagen und HSG

160 Teilnehmer beim Wettkampf in Greifswald / Rund 4000 Euro Spenden / 39 Staffeln starten

Etwa 160 Schüler, Frauen und Männer haben am Mittwoch an der Firmenstaffel in der Schwimmhalle teilgenommen. Es war die 20. Auflage des Wettbewerbs, der vom Schwimmteam der HSG Uni Greifswald veranstaltet wird.

Mitgemacht haben Schulen, Betriebe, Vereine, Institute und sonstige Gruppen, deren Mannschaften in Vierer- oder Achterstaffeln gegeneinander antraten. Jeder Starter musste eine Bahn zurücklegen (25 Meter), wobei beim ersten Schwimmer nur Brustschwimmen zulässig war. Die Startgebühr der einzelnen Teams wurde zur Hälfte für den Wünschewagen des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) gespendet, die andere Hälfte kommt der HSG zugute. Insgesamt sind ungefähr 4000 Euro zusammengekommen.

In diesem Jahr gingen 24 Viererstaffeln an den Start und 15 Achterstaffeln - so

viele wie noch nie. Teilgenommen haben unter anderem das Ostseegymnasium, EWN, das Friedrich-Loeffler-Institut, die Greifswalder Stadtverwaltung, das Klinikum Karlsburg, ml&ms, die Schule am Park in Behrenhoff sowie Erzieher der Kita „Regenbogen“. Letztere sind stets mit extravaganten Kostümen dabei, dieses Mal waren sie als Ski-Hasen verkleidet. Den ersten Platz, sowohl bei der Vierer- als auch der Achterstaffel, sicherte sich die Mannschaft „Die Montagsschwimmer“, die aus Sportlern des „HSG Freizeitschwimmen“ bestand. Denkbar knapp setzten sie sich bei der Achterstaffel gegen die jungen Teilnehmer des Ostseegymnasiums durch. Dritter wurde der ASB-Rettungsdienst Greifswald.

Bei der Viererstaffel ging die Silbermedaille an die Schwimmer aus Neubrandenburg (NSSV Delfin) und Bronze ver-

dienten sich die „Nuklear Swimmers“ der EWN. Für alle Mannschaften gab es eine kunstvoll gestaltete Torte, die zuvor Eltern, Kinder und andere Ehrenamtliche selbst gebacken hatten. Ein besonderer Hingucker der Firmenstaffel war das „Duck Race“, bei dem sieben Kinder eine Ente an einer Schnur quer über das tiefe Sprungbecken zogen. Für diesen Spaßwettkampf spendeten die Teilnehmer zusätzliches Geld. Der ASB-Wünschewagen ist ein Fahrzeug, mit dem sterbensranke Patienten kostenfrei zu bestimmten Orten gebracht werden können, die sie noch einmal besichtigen möchten. Der Krankentransporter finanziert sich ausschließlich aus Spenden- und Sponsorengeldern sowie über freiwillige Mitarbeit und ASB-Eigenmittel. Medizinisches Fachpersonal ist bei der Fahrt stets dabei.

Wörter:	346	Ausgabe:	Nebenausgabe
Autor/-in:	Marcus Taschke	Auflage ¹ :	5.730 (gedruckt)
	tmt70fxec6dda9qlldafk7		6.471 (verkauft)
Seite:	9		7.063 (verbreitet)
Ressort:	Lokales	Reichweite ² :	0,03018 (in Mio)
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹IVW 4/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Abbildung: Ungefähr 160 Teilnehmer hatte die diesjährige Firmenstaffel in der Greifswalder Schwimmhalle am 18. März.

Fotograf/-in: Foto: HSG Schwimmteam

Abbildung: Es gab 24 Viererstaffeln und 15 Achterstaffeln. Gespendet wurde für den ASB-Wünschewagen.

Fotograf/-in: Foto: HSG Schwimmteam

Abbildung: Jede Staffel bekam als Dankeschön eine selbst gebackene Torte.

Fotograf/-in: Foto: HSG Schwimmteam

Kernenergie als neue, alte Option für Deutschland?

Berlin (energate) - Dass EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Verzicht auf Atomkraft für einen Fehler hält, hat in Deutschland für viel Aufsehen gesorgt. Vielleicht auch, weil der bayerische Ministerpräsident Markus Söder und seine CSU für Small Modular Reactors (SMR) und Fusionsenergie in seinem Bundesland plädieren. Bloß stellt sich die Frage, ob die Kernkraft tatsächlich für die Stromversorgung in Deutschland wieder eine Rolle spielen könnte. Dazu müssten sich idealerweise verschiedene Bedingungen erfüllen. Zuallererst müsste die entsprechende Erzeugungsart sich auch technologisch realisieren lassen. Das betrifft auch das Wiederanfahren der bis 2023 stillgelegten deutschen Kernkraftwerke. "Ein Neustart alter Atomkraftwerke ist technisch kaum möglich und wirtschaftlich nicht sinnvoll", schreibt der staatliche Kraftwerksbetreiber EnBW hierzu auf seiner Internetseite. Auch die anderen ehemaligen Kraftwerksbetreiber haben sich wiederholt gegen eine Wiederinbetriebnahme der Meiler ausgesprochen. Bleibt der Neubau. Dieser ist im Bereich der Leichtwasserreaktoren weltweit geübte Praxis. Hingegen steht bei der Fusionsenergie hinter der technischen Umsetzbarkeit derzeit noch ein deutliches Fragezeichen. Frühestens in den 2040er Jahren könnte es erste kommerzielle Reaktoren geben, das deutsche Unternehmen Gauss Fusion plant für diesen Zeitraum. Im Bereich der SMR gibt es gerade in Kanada ein erstes Bauvorhaben. Dieses soll 2030 ans Netz gehen. Der Bau neuer, großer Reaktoren ist sehr zeitintensiv und teuer. Die neu gebauten europäischen Kernkraftwerke - allesamt Druckwasserreaktoren - sprengen neben dem Kostenrahmen auch regelmäßig den ursprünglich avisierten Zeitplan. So benötigten die Erbauer sowohl für den französischen Reaktor Flamanville als auch für den fin-

nischen Reaktor Olkiluoto jeweils zwölf Jahre länger als zunächst geplant. Flamanville 3 war zudem mit 13 Mrd. Euro viermal so teuer wie ursprünglich vorgesehen. Bei Olkiluoto gibt es nur Abschätzungen zu den Kosten. Diese sollen sich auf 11 Mrd. Euro belaufen, dreimal so viel wie geplant. Auch das im Bau befindliche britische Kernkraftwerk Hinkley Point verzögert sich. Ursprünglich wollte der französische Staatskonzern EDF den ersten der beiden Blöcke 2018 ans Netz bringen, mittlerweile ist der Termin auf 2029 verschoben. Der zweite Block soll dann 2030 folgen. Allerdings veranschlagt EDF allein für den Bau des britischen Kernkraftwerks derzeit mindestens 40 Mrd. Euro. Die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie Ein weiteres Kriterium: die Wirtschaftlichkeit. Befürworter werben mit günstiger Energie. So moniert Bernd Baumann, parlamentarischer Geschäftsführer der AFD-Fraktion: "Die deutsche Wirtschaft wird stranguliert, indem ihr diese günstige Energie vorenthalten wird." Hingegen schreibt EnBW, dass Atomstrom mit Stromgestehungskosten zwischen 13,9 und 49 Cent/kWh die teuerste Form der Stromerzeugung sei. Zum Vergleich: Offshore-Wind kommt auf Werte zwischen 5,5 und 10,3 Cent/kWh.

Vor dem deutschen Ausstieg aus der Kernkraft konnten die Anlagen tatsächlich mit geringen Stromgestehungskosten punkten - zumindest wenn man die nicht internalisierten externen Kosten etwa für die Endlagerung ausklammert. Anders sieht es aber mit den Stromgestehungskosten für Kernkraft aus neuen, konventionellen Anlagen aus. Hier liegen die Kosten deutlich höher. Ein uneinheitliches Bild ergibt sich beim Blick auf SMR: Bei einem schnellen Hochlauf könnte es für SMR laut einer Studie des amerikanisch-britischen Energie-Thinktanks Lucid Catalyst deutliche Kostenreduktionen geben. Der Thinktank betrachtet hier vier Szenari-

en. Im zweitambitioniertesten Fall, dem Breakout-Szenario, könnten die Kosten auf 5,2-7,8 Cent/kWh sinken. Eine Studie der TU Berlin, des Öko-Instituts und des Physikerbüros Bremen im Auftrag des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) sieht hingegen keine Chance für die baldige Markteinführung alternativer Reaktoren. Keine dieser Reaktortechnologien biete ausreichend Vorteile, um einen raschen Ausbau bis 2050 zu ermöglichen, heißt es darin. Bei den Kosten für Fusionsenergie herrscht ebenfalls noch große Unsicherheit. Sie könnten mit 3,8-15,7 Cent/kWh mit denen von erneuerbaren Energien vergleichbar sein. Diese Zahlen zitiert ein Impulspapier von Leopoldina, Acatech und der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften. Allerdings besteht hier aufgrund der technologischen Unreife noch eine hohe Unsicherheit, räumen die Wissenschaftler im gleichen Atemzug ein. Selbst Branchenvertreter sind hier vorsichtig. So sagte Milena Roveda, Geschäftsführerin des deutschen Fusionsunternehmens Gauss Fusion, im 11km-Podcast: "Wir gehen nicht davon aus, dass wir so günstig sein können wie Windenergie - das ist unschlagbar."

Hinzu kommen die Kosten für die Lagerung des Atommülls. Bei konventionellen Kraftwerken ist dies aufgrund der hohen Halbwertszeiten auch kaum bezifferbar. Damit kommen wir zum nächsten Punkt: den Abfällen. Zwar ist der Zuspruch zur Kernkraft in Deutschland laut einer Umfrage des Preisvergleichsportals Verivox wieder gestiegen. Demnach wünscht sich ein Drittel der Befragten neue Kernkraftwerke, 22 Prozent einen Weiterbetrieb der alten Meiler. Ob damit aber auch die Bereitschaft gestiegen ist, in seiner Wohnumgebung ein Lager für radioaktive Abfälle zu dulden, ist indes fraglich. Die Suche nach einem Endlager gestaltet sich zumindest bislang äußerst

schwierig. Als Zieldatum wird mittlerweile mit 2070 geplant. Das ist kein deutsches Phänomen: Weltweit gibt es bislang nur im finnischen Onkalo ein Endlager. Kernkraft im Aufwind und auf absteigendem Ast Die weltweite Entwicklung der Kernenergie wird gerne als Argumentation verwendet - und das auf beiden Seiten. Befürworter der Kernenergie erklären, die Kernkraft sei im Aufwind, weltweit kämen immer mehr Anlagen hinzu. Gegner verneinen dies. Ein Blick auf die Zahlen der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) zeigt: Beide haben recht. Es kommt nur darauf an, wie man die Zahlen liest. So produzierten Kernkraftwerke 2024 - das letzte von der

GRS in die Statistik eingehende Jahr - 2.677 TWh Strom. Das ist der bisherige Rekordwert. Gleichzeitig sank aber der Anteil der Kernenergie an der gesamten Stromerzeugung auf nur noch neun Prozent und damit auf den geringsten Wert der letzten 40 Jahre. Der Höchstwert lag bei 17,5 Prozent im Jahr 1996. Mögliche Zukunft der Kernenergie in Deutschland In Deutschland mit seinem hohen Anteil fluktuierender erneuerbarer Stromerzeuger stellt sich zudem die Systemfrage. Kernkraftwerke sind bestens dazu geeignet, Grundlast zu liefern. Deutschland benötigt aber vielmehr flexible Kraftwerke als Ergänzung zu den Erneuerbaren - es sei denn, man wollte wirklich die Erneuer-

baren zugunsten der Kernkraft wieder abschalten, wie von Bayerns Ministerpräsident Söder propagiert. Auf der anderen Seite ist insbesondere die Industrie an günstigem und zugleich zuverlässigem Grundlaststrom interessiert. Deutschland hat schon zweimal den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. In Krisenzeiten kommt aber immer wieder die Diskussion auf, ob dies nicht ein Fehler war und ob Deutschland nicht wieder einsteigen sollte. Angesichts der Ablehnung der großen deutschen Energiekonzerne kämen dafür wohl - wenn überhaupt - vor allem ausländische oder neue Player in Betracht. /sd

Wörter: 1.011
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Newsletter
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe:

Einzelausgabe

Weblink: <https://www.energategate-messenger.de/news/260769/>

Groß, größer, Konrad: Bald kommt das unterirdische Betonwerk

Die BGE informierte über die Bauarbeiten am geplanten Endlager in Salzgitter. Der Fertigstellungstermin könnte ins Wackeln geraten.

Harald Likus

Salzgitter „Das ist echt ein Aufwand.“ Der Satz, den Peter Duwe zwischen durch fallen ließ, beschrieb seinen Vortrag wohl am besten. Duwe ist Leiter des Projektes der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), im Schacht Konrad ein Endlager für Atommüll zu errichten. Und da manche Leute selbst einen Eierkauf als „Projekt“ bezeichnen, sollte man wohl präzisieren, dass es sich um ein Mega-, wahlweise Giga-Projekt handelt. Am Mittwochabend informierte Duwe über den Stand der Dinge. Es gibt viele Fortschritte – und viele Probleme.

Das Endlager Konrad ist für 303.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle genehmigt. Diese Abfälle stammen aus dem Betrieb und insbesondere dem Rückbau kerntechnischer Anlagen (auch der DDR übrigens) – und lagern derzeit in verschiedenen Zwischenlagern in ganz Deutschland. Wie lange noch? Das hängt von diversen Faktoren ab, die Duwe auf eine erschreckend knackige Art zum Teil erläuterte. Sein Fazit: Den Bau 2029 fertig zu stellen, sei weiterhin das Ziel, doch man müsse jetzt noch einmal akkurat schauen, ob das wirklich zu schaffen sei. Davon wird abhängen, ob mit der Einlagerung wie geplant schon Anfang der 30er Jahre begonnen werden kann.

„Die Krane drehen sich“

Schon? Die Ausmaße des Ganzen sind immer wieder schwindelerregend. Die Kosten schätzt man (je nach dem, welche Vorarbeiten man dazuzählt) auf fünf bis sechs Milliarden Euro. Die Dauer? Nun ja. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang erhellend, dass unsere Zeitung mal über den Disput zweier

Männer zum Thema Schacht Konrad berichtete, die sich darüber stritten, ob es tatsächlich noch sechs lange Jahre bis zur Fertigstellung dauern müsse. Die Pointe ist: Der Streit fand im Jahr 2007 statt. Daran, dass derzeit mit Hochdruck gearbeitet wird zwischen Bleckenstedt und Beddingen, ließ Peter Duwe keinen Zweifel.

Er erklärte die verschiedenen Ansätze an den beiden Schächten. Ging auf die im Vorjahr am Schacht „Konrad eins“ gebaute Band- und Verladeanlage ein, auf die Arbeiten am Förderturm-Innenen (ebenfalls Schacht 1), aber auch ausführlich auf die Fortschritte an Schacht 2. „Die Krane drehen sich, das ist für mich als Projektleiter ein tolles Bild“, sagte er, bevor er wieder über Förderturm, das Lüftergebäude, die Umladehalle mit angeschlossener Pufferhalle und andere Teilaspekte sprach, über die untertägige Verschalung mit unglaublich viel Beton und Stahl und über die großen Hubwagen, die am Fuße des Schachtes den Weitertransport der Behälter mit dem radioaktiven Material bewerkstelligen sollen. Für 2026 erwartet Duwe gute Nachrichten, was die Erprobung dieser Gefährte angeht, die übrigens in möglichst großen Einzelteilen in die Tiefe befördert werden sollen. Ach, und dann wäre dann noch die Montage eines unterirdischen Betonwerks, das auf den schönen Namen Versatzaufbereitungsanlage hört. Die Anlage soll dazu dienen, Erzgestein mit Baustoff zu vermischen und daraus das Material für den Verschluss der Einlagerungskammern herzustellen. Praktischerweise falle das Erz in dem alten Bergwerk ohnehin an, wenn man die Kammern baut, wie Duwe ergänzte.

Deutlich machte dieser Mittwochabend ein weiteres Mal: Für die BGE-Öffentlichkeitsarbeit ist Transparenz nicht bloß eine Floskel. Wer will, kann auf der BGE-Website, in Info-Zentralen oder BGE-Publikationen über die Einzelheiten der von der BGE koordinierten, von diversen Firmen erledigten Arbeiten wesentlich mehr erfahren, als sich hier bloß andeuten lässt. Und immerhin kam nun auch das, was nicht gelungen ist, zur Sprache. Den fürs Vorjahr geplanten Beginn des Führungsgerüstwechsels (Konrad 1) habe man ebenso wenig hinbekommen wie das avisierte Einreichen wichtiger Prüfungsunterlagen zur Statik. Es sei wirklich sehr kompliziert, es greife bei der Statik ja alles ineinander, meinte Peter Duwe.

Allen Beteiligten ist klar, dass das Mega-Projekt besonders kritisch beäugt wird. Allen voran sind da natürlich Ursula Schönberger und Ludwig Wasmus von der „AG Schacht Konrad“ zu nennen. Die beiden halten die Bauarbeiten für den geradezu verzweifelt aufwendigen Versuch, eine grundsätzlich falsche Entscheidung irgendwie doch noch hinzubiegen, Motto: Es gibt nun mal nur dieses eine genehmigte Endlager. „Man hätte sich niemals auf ein altes Bergwerk für ein Endlager entscheiden dürfen“, sagte Wasmus unserer Zeitung. Nun aber klammere man sich daran, weil es hier und nur hier die Genehmigung gibt. Zu den aus ihrer Sicht erheblichen Statik-Problemen kämen diverse andere, ergänzte Schönberger, zum Beispiel die Frage nach geeigneten und genehmigten Behältern. Die bergbaulichen Anstrengungen seien enorm, sagte sie mit Blick auf Peter Duwe und Co., der politische Fehler sei jedoch unheilbar.

Wörter:	719	Jahrgang:	2026
Autor/-in:	Harald Likus	Nummer:	68
Seite:	23	Ausgabe:	Hauptausgabe
Ressort:	Vermischtes	Auflage ¹ :	44.523 (gedruckt)
Medienkanal:	PRINT		52.077 (verkauft)
Mediengattung:	Tageszeitung		53.419 (verbreitet)
Medientyp:	PRINT	Reichweite ² :	0,23148 (in Mio)

¹ von PMG gewichtet 01/2026

² von PMG gewichtet 7/2025

Abbildung: Das Panorama-Foto zeigt den Fortschritt der obertägigen Arbeiten zwischen Bleckenstedt und Beddingen.

Fotograf/-in: BGE Handout

Abbildung: Das Foto zeigt den Streckenausbau im Kontrollbereich unter Tage.

Fotograf/-in: Janosch Gruschczyk BGE

Erneut Castoren-Umschlag?

Gesellschaft für Nuklear-Service kündigt Atommüll-Transport nach Brokdorf an

Die Gesellschaft für Nuklear-Service teilt mit, dass in diesem Jahr radioaktive Abfälle aus der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield nach Brokdorf transportiert werden sollen - über „einen deutschen Seehafen“, wie es heißt. Die Midgard?

von

Die GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH plant im Auftrag der deutschen Kernkraftwerksbetreiber den Rücktransport von radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im englischen Sellafield in das staatliche Zwischenlager Brokdorf. Der Rücktransport soll in diesem Jahr geschehen. In einer Pressemitteilung der GNS heißt es, dass der Transport über „einen deutschen Seehafen“ erfolgen soll. Atomkraftgegner aus der Wesermarsch schließen nicht aus, dass es sich dabei erneut um den Midgard-Hafen in Nordenham handelt.

Für den Transport habe das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in dieser Woche die erforderliche Transportgenehmigung erteilt, so die GNS. Mit diesem Transport würden die letzten Abfälle aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brenn-

elemente im Ausland nach Deutschland zurückgebracht, heißt es von der Gesellschaft.

Letzer Castoren-Umschlag bei Midgard im April 2025

Zuletzt waren bei der Midgard Anfang April vergangenen Jahres unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen sieben Castoren mit Atommüll umgeschlagen worden. Das Spezialschiff „Pacific Grebe“ hatte sie aus der Wiederaufbereitungsanlage im britischen Sellafield angeliefert. Die Castoren wurden im Midgard-Hafen gelöscht und auf Eisenbahnwaggons geladen. Bestimmungsort war das Zwischenlager Isar in Bayern. Die Aktion war ohne Zwischenfälle verlaufen.

Deutschland muss Atommüll zurücknehmen

Schon im vergangenen Jahr war bekannt geworden, dass Deutschland sieben weitere Castoren zurücknehmen muss und die Zwischenlagerung in Brokdorf erfolgen soll. Dieser Transport steht nun offenbar an. Die Gesellschaft für Nuklear-Service sagt in der Pressemitteilung weder etwas zum genauen Zeit-

plan noch spezifiziert sie, über welchen Hafen der Transport dieses Mal abgewickelt werden soll.

Die Betreiber der deutschen Kernkraftwerke haben sich zur Rücknahme der Abfälle aus der Wiederaufarbeitung ihrer Brennelemente im Ausland vertraglich verpflichtet. Als zentralen Dienstleister für die Abwicklung der Rückführung haben sie die GNS Gesellschaft für Nuklear-Service beauftragt. Darüber hinaus bestehen laut GNS völkerrechtliche Vereinbarungen zwischen Deutschland und Großbritannien, die die Rücknahme sicherstellen.

Die Aufteilung der letzten noch aus dem Ausland zurückzuführenden Wiederaufarbeitungsabfälle auf mehrere Zwischenlagerstandorte basiere nach Mitteilung der Gesellschaft für Nuklear-Service auf einem Konzept der Bundesregierung aus dem Jahr 2015.

Sollte der Transport tatsächlich wieder über die Midgard erfolgen, wäre das der insgesamt dritte Castoren-Umschlag in Nordenham. Der erste Umschlag von Atommüll war im November 2020 bei der Midgard erfolgt.

Wörter: 401
Autor/-in: Glückselig, Detlef
177756
gl
Seite: 10
Ressort: Stadt Nordenham
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Nummer: 68
Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage¹: 2.886 (gedruckt)
2.931 (verkauft)
11.114 (verbreitet)
Reichweite²: 0,00819 (in Mio)

Urheberinformation: (c) KREISZEITUNG WESERMARSCH

¹IVW 4/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Abbildung: Das Spezialschiff „Pacific Grebe“ machte zuletzt in den frühen Morgenstunden des 1. April 2025 mit sieben Castoren mit Atommüll bei der Midgard fest. Foto: Glückselig

Fotograf/-in: Glückselig / Glückselig

Kernenergie: China und Russland bauen Atomkraft weiter aus

Chinas Ausbau von Kernkraftwerken hält die globale Atomindustrie auf Rekordniveau. Doch außerhalb Chinas stagniert der Markt größtenteils – und erneuerbare Energien und Speicher ziehen laut World Nuclear Industry Status Report 2025 (WNISR) massiv an.

Kernenergie: Chinas Alleingang stützt die Atombranche

Der Kernkraft-kritische [World Nuclear Industry Status Report 2025+ \(WNISR\)](#) wurde Ende Januar 2026 veröffentlicht, ergänzt um neue Zahlen. Dem Bericht zufolge hat die weltweite Kapazität von Atomkraftwerken zwar ein Rekordniveau erreicht – getrieben wird sie aber vor allem von China. Der WNISR zeigt: Die weltweite Erzeugungskapazität von Kernenergie wächst, während zugleich ihr Anteil an der wachsenden globalen Stromerzeugung sinkt. Ihr Anteil an der globalen Energieerzeugung fiel von 17,5 Prozent im Rekordjahr 1996 auf nur noch rund 9 Prozent im Jahr 2024 an den weltweit insgesamt erzeugten 2.677 Terrawattstunden (TWh).

Doch selbst in China fällt der Vergleich mit erneuerbaren Energien ernüchternd für die Kernenergie aus: Während die Nuklearleistung um 3,5 Gigawatt (GW) stieg, wuchs die Photovoltaikkapazität um 278 GW – fast 80-mal schneller. Solar- und Windkraft erzeugen laut Bericht inzwischen etwa viermal so viel Strom wie alle chinesischen Atomreaktoren zusammen. Sie sind einfach billiger und damit effizienter.

Kernenergie weltweit: Bauaktivitäten konzentrieren sich auf China und Russland

Anfang 2026 befanden sich dem WNISR zufolge weltweit 66 Reaktoren in Bau, verteilt auf 11 Länder. 36 davon stehen in China, mehr als die Hälfte der weltweiten Gesamtzahl. Im Verlauf von 2025 nahm die Zahl der Baustellen allein durch China um sieben Einheiten zu, während sich die Bauaktivitäten au-

ßerhalb Chinas praktisch nicht veränderten.

Die Zahl der Länder, die Reaktoren bauen, ging innerhalb von nur zwei Jahren um fast ein Drittel zurück – von 16 auf 11. Mehrere Staaten hatten ihre letzten Projekte abgeschlossen oder eingestellt (Frankreich, Vereinigte Arabische Emirate, USA, Argentinien, Brasilien, Japan). Neueinsteiger sind Pakistan, Bangladesh, Ägypten und Türkei, die alle ihre ersten Reaktoren bauen, jeweils unter Beteiligung der russischen Nuklearindustrie.

2025 wurden elf neue Bauprojekte gestartet, die höchste Zahl seit 2010 vor Fukushima, davon neun in China, zwei in Russland und Südkorea. Über einen Zeitraum von sechs Jahren waren die einzigen globalen Neubauten offiziell von chinesischen und russischen Unternehmen, mit Ausnahme eines Projekts in Südkorea. China begann zudem vier Reaktoren gemeinsam mit Russland zu bauen.

Es bleibt bei einer statistischen Koppelung von Atomwaffen und Kernenergie: Von den 66 Einheiten weltweit befinden sich 63 (95 Prozent) in Staaten mit Atomwaffen oder werden von Unternehmen solcher Staaten in anderen Ländern errichtet. Nur drei Baustellen in Südkorea liegen außerhalb dieser Kategorie. Unter den Staaten, die kommerzielle Reaktoren im Ausland bauen, dominieren China, Frankreich und Russland – letzterer mit weitem Abstand, da 20 Einheiten außerhalb Russlands errichtet werden.

Die Solar Revolution überholt das Atom

Der Anteil der Kernenergie sinkt weltweit weiter, während erneuerbare Energien explodieren. Im Jahr 2025 markiert die monatliche Stromerzeugung aus Solarenergie erstmals eine historische Zäsur: In den Monaten April, Mai und Juni überstieg sie die Produktion aller Atomkraftwerke weltweit.

Die Investitionen sprechen eine deutliche Sprache: 2024 flossen weltweit 21-mal mehr Kapital in erneuerbare Energien als in Kernkraftprojekte. Solarstrom und Batterien bilden das neue Dream-Team der Energieversorgung. Preisverfälle von bis zu 40 Prozent bei Speichern und Solarmodulen ermöglichen es, Schwankungen auszugleichen und Versorgungssicherheit kostengünstig zu gewährleisten – schneller und flexibler als jeder neue Atomreaktor. Analysen aus den USA zeigen: Solar- und Windstrom kosten mittlerweile nur noch rund 3,8 US-Cent pro Kilowattstunde, Atomstrom liegt bei 14,1 Cent – ist also fast viermal so teuer.

Kernenergie: Russland dominiert den internationalen Reaktormarkt

Geopolitisch bleibt Russland eine zentrale Größe. Von den 63 Reaktoren, die Mitte 2025 im Bau waren, liefert der russische Staatskonzern Rosatom bei 27 Einheiten die Technologie, davon 20 im Ausland. Mit Ausnahme von China – das auf heimische Technologie setzt – bleiben Länder damit für Jahrzehnte abhängig von russischem Know how, Brennstoff und Wartung. Selbst westliche Industrien sind über Joint Ventures und Brennstoffimporte eng verflochten. Diese Abhängigkeit prägt da-

mit auch die politischen Spielräume vieler Länder.

Das "Potemkin'sche Dorf" der Small Modular Reactors

Besonders kritisch bewertet der Bericht die Hoffnungen auf kleine, modulare Reaktoren (Small Modular Reactors, kurz: SMR). Trotz politischer Absichtserklärungen existiert aktuell kein SMR im Bau außerhalb Russlands und Chinas. Der WNISR spricht hier von einem "Potemkin'schen Dorf" – einer Fassade, die die wirtschaftliche Realität verberge. Prominente Beispiele scheitern offenbar an Kosten und fehlender Nachfrage:

- In Argentinien wurde der Bau des CAREM Reaktors nach über zehn Jahren eingestellt.
- In den USA stoppte NuScale seine Vorzeigeprojekte, weil Abnehmer fehlten und die Kosten explodierten.
- Auch Kanada musste das erste SMR Projekt nach Insolvenz des Herstellers aufgeben.

Bauverzögerungen und Kostenexplosionen bei Großreaktoren

Nicht nur bei SMRs, sondern auch bei großen Reaktoren häufen sich dem WNISR zufolge Verzögerungen und Kostensteigerungen. Ein warnendes Beispiel ist der EPR Reaktor in Flamanville, Frankreich: Er ging 2024 zwölf Jahre später als geplant ans Netz. Die Kosten stiegen von 4,3 Milliarden Euro

auf 25,6 Milliarden Euro. Selbst in China sinkt der Anteil der Atomkraft am Strommix leicht auf 4,5 Prozent, während Solar massiv ausgebaut wird.

Ein Energiesystem im Umbruch

Der Bericht beschreibt einen fundamentalen Paradigmenwechsel: Das zentrale, unflexible Energiesystem aus Großkraftwerken verliert immer mehr gegen ein dezentrales, flexibles System aus Erneuerbaren, Speichern und intelligenter Steuerung. Photovoltaik und Batterien ersetzen zunehmend die Grundlastfunktion, auf die Atomkraft lange gebaut hat.

Die politischen Debatten über neue Reaktoren erscheinen angesichts dieser Marktdynamik fast überflüssig. Während China den Ausbau seiner Kernkraft vorantreibt, schaffen Solar und Batteriespeicher in Europa und den USA bereits Fakten, die die Atomenergie zunehmend marginalisieren. Die Botschaft des WNISR: Globale Atomkraft hängt an staatlicher Förderung und geopolitischer Abhängigkeit, während die Märkte längst den Kurs bestimmen – die Zukunft gehört den Erneuerbaren. Das sehen allerdings nicht alle so.

Wirtschaftliche Perspektiven erneuerbarer Energien

Die Erneuerbare Energien Branche setzt ihre dynamische Entwicklung 2026 fort: Laut International Renewable Energy Agency erreichte die globale

Kapazität erneuerbarer Erzeugung Ende 2024 bereits 4#443#GW, mit einem Rekordzuwachs von 582#GW – davon entfielen 453#GW auf Photovoltaik und 114#GW auf Windenergie, was die klare Nachfrage nach skalierbaren Lösungen belegt.

Für Unternehmen bedeutet das: Der weltweite Markt für erneuerbare Energien wird 2026 voraussichtlich auf über 1#035 Milliarden US Dollar wachsen und bis 2035 eine globale Marktgröße von fast 2#270 Milliarden US Dollar erreichen. Diese Entwicklung eröffnet neue Geschäftsmodelle für industrielle Stromabnahmeverträge (PPAs), die etwa 32 Prozent aller Kapazitätsverpflichtungen ausmachen, sowie für hybride Systeme aus Solar, Wind und Energiespeicherung, die 37 Prozent der neuen Installationen beitragen.

Hintergrund: Der World Nuclear Industry Status Report

Der World Nuclear Industry Status Report wird jährlich von internationalen Wissenschaftlern, Journalisten und Experten erstellt. Er wird unter anderem vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), der Friedrich Ebert Stiftung, der Heinrich Böll Stiftung, den Grünen im Europaparlament sowie der Schweizerischen Energie Stiftung gefördert. Der WNISR ist ein wichtiger und bekannter Report, aber klar kernkraftkritisch.

Wörter: 1.012
Autor/-in: Maximilian Modler
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe:
Visits (VpD)¹:

Einzelausgabe
320.000

Webblink: <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/718755/kernenergie-china-und-russland-bauen-atomkraft-weiter-aus>

Endlager: Entscheidung rückt näher

Atommüll Im Oktober will die Bundesgesellschaft einen neuen Arbeitsstand zu möglichen Standorten veröffentlichen.

Region. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) will im Herbst 2026 neue Arbeitsstände veröffentlichen und dabei die bislang infrage kommenden Flächen deutlich reduzieren. Wie das Unternehmen mitteilte, sollen am 27. Oktober 2026 Ergebnisse aus den sogenannten repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen vorgestellt werden. Dabei werden zwei ursprünglich geplante Veröffentlichungstermine zusammengelegt. Erstmals sollen dann auch Gebiete der Kategorie B ausgewiesen werden. Diese gelten zwar grundsätzlich als geeignet, scheiden jedoch im weiteren Verfahren aus, da nur die am besten bewerteten Flächen (Kategorie A) weiterverfolgt werden.

Ein Gebietsstreifen rund um Ulm ist derzeit der Kategorie C („geringe Eignung“) zugeordnet. Gebiete wie um Erbach, Senden, Nersingen und Pfaffenhofen sowie Ulm/Neu-Ulm haben jedoch die ersten beiden Prüfschritte „bestanden“ und bleiben damit im Verfahren. In weiteren Untersuchungen könnten sie aufsteigen – oder zurückgestuft werden. Andere Orte wie Blaubeuren, Dornstadt oder Langenau haben die ersten Prüfschritte nicht bestanden und sind ausgeschieden. Regionen um Illertissen und Weißenhorn gelten bereits als ungeeignet.

Mit der vorgezogenen Veröffentlichung verfolgt die BGE zwei Ziele: Zum

einen sollen die Ergebnisse rechtzeitig vor dem 5. Forum Endlagersuche Mitte November 2026 vorliegen, um eine breitere öffentliche Diskussion über die angewandten Prüfschritte zu ermöglichen. Zum anderen will sich das Unternehmen im Jahr 2027 vollständig auf den nächsten Meilenstein konzentrieren: den Vorschlag konkreter Standortregionen. Dieser soll Ende 2027 an das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) übergeben werden. Bis dahin sind weitere methodische Schritte notwendig, um aus den verbleibenden Gebieten eine engere Auswahl für mögliche übertägige Erkundungen zu treffen. Verena Eisele

Wörter: 250
Autor/-in: Verena Eisele
Seite: 25
Ressort: REGION
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 82
Nummer: 67
Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 23.636 (gedruckt)
25.671 (verkauft)
25.924 (verbreitet)
0,094 (in Mio)
Reichweite²:

Urheberinformation: © Neue Pressegesellschaft mbH & Co. KG

¹ von PMG gewichtet 01/2026

² von PMG gewichtet 7/2025

Abbildung: In Gundremmingen befindet sich ein Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle.

Endlagersuche: Im Herbst soll es Neuigkeiten geben

Zwei Flächen im Harz stehen weiterhin im Fokus der Endlagersuche für radioaktiven Abfall. Im Herbst 2026 könnte es Neuigkeiten geben.

Katharina Franz

Harz Deutschland sucht ein sicheres Endlager für Atommüll. 27.000 Kubikmeter hochradioaktiver Abfall müssen dort untergebracht werden. Beauftragt mit der Suche ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Diese plant, im Herbst 2026 einen Einblick in die aktuellen Arbeitsstände zu gewähren: Am Dienstag, 27. Oktober 2026, will die BGE eine Karte veröffentlichen, die zeigt, in welchen Regionen in Deutschland man weiterhin nach dem besten Standort für ein Endlager sucht.

Noch kommt ein Viertel der Fläche in der Bundesrepublik infrage. Das ist der Arbeitsstand von November 2025. Danach sollen unter anderem zwei Flächen im Harz als mögliche Standorte für ein Atommüllendlager weiter untersucht werden. Die noch infrage kom-

mende Gesamtfläche möchte die BGE im Herbst „deutlich einengen“.

Den neuen Zwischenstand soll die Öffentlichkeit im Herbst 2026 wieder im BGE Endlagersuche Navigator sehen können. Dort kann man jetzt schon erkennen, wo genau sich die beiden Harzer Flächen befinden, die nach Arbeitsstand November 2025 infrage kommen: nämlich zwischen Bad Harzburg und Braunlage und zwischen Thale und Harzgerode.

Ab Oktober zeigt der Navigator womöglich bereits, ob die BGE die Flächen in und um den Harz im Prüfverfahren weiter berücksichtigt. Bis dahin sollen nämlich in allen Gebieten die ersten beiden Prüfschritte abgeschlossen sein und für einige Gebiete auch die Prüfschritte drei und vier. „Dadurch können dann bereits erste Gebiete der Katego-

rie B gezeigt werden. Gebiete der Kategorie B lassen eine gute Eignung erwarten“, heißt es in einer Pressemitteilung der BGE vom 19. März 2026.

Ob die Gebiete in und um den Harz tatsächlich zu denen gehören werden, in denen bis zum Herbst die ersten vier Prüfschritte abgeschlossen sein werden, verrät die BGE nicht. „Es steht noch nicht fest, für welche Gebiete die Prüfschritte im Herbst abgeschlossen sein werden“, lautet die Antwort auf die Nachfrage des Harz Kurier .

In den Standortvorschlag, den die BGE Ende 2027 an das Bundesamt für nukleare Entsorgung (BASE) übermitteln möchte, kommen allerdings nur „die besten Gebiete“, also die, die nach Abschluss der Prüfung die Kategorie A erreichen.

Wörter:	357	Jahrgang:	2026
Autor/-in:	Katharina Franz	Nummer:	68
Seite:	19	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	Lokales	Auflage ¹ :	6.748 (gedruckt) 8.412 (verkauft) 8.525 (verbreitet)
Medienkanal:	PRINT	Reichweite ² :	0,02641 (in Mio)
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹IVW 4/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Abbildung: Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat ihren Sitz in Peine in Niedersachsen.

Fotograf/-in: Julian Stratenschulte Julian Stratenschulte/dpa

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 umweltFAIRaendern.de

Brokdorf: Transporte mit hoch radioaktivem Atommüll aus britischer Plutoniumfabrik ins Zwischenlager genehmigt

22. März 2026 21:50 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die zuständige Behörde **BASE** hat nach Mitteilung der Gesellschaft für **Nuklearservice** (GNS) die Genehmigung für den Transport von sieben Castor-Behältern mit hoch radioaktivem **Atommüll** aus der britischen Plutoniumfabrik in Sellafield in das Zwischenlager am AKW Brokdorf an der Elbe erteilt. **umweltFAIRaendern** hatte letzte Woche über das Thema und die Hintergründe informiert. **Anti-Atom**-Initiativen kritisieren die hochgefährlichen **Atomtransporte**. Alles zum Thema „Wiederaufarbeitung“ (Plutoniumextraktion) auf umweltFAIRaendern.de. Das Wort Wiederaufarbeitung suggeriert, dass es möglich wäre, hoch radioaktive **atomare** Abfälle irgendwie wieder zu reparieren oder zu recyceln. Das aber ist nur für einen Bruchteil der Abfälle möglich, für knapp fünf Prozent des Materials und hier vor allem wird der **Atombombenstoff** Plutonium und das noch nicht verbrannte Uran abgetrennt. Hierbei entsteht wiederum neuer **Atommüll**. Aus dem abgetrennten Material wurden sogenannten **Mischoxidbrennelemente (MOX)** aus Plutonium hergestellt. Diese kamen einigen der alten AKWs zum Einsatz. Über Protest gegen diese Castor-Transporte gibt es hier weitere Informationen bei

Die GNS, die im Auftrag von PreussenElektra für die Durchführung der **Atomtransporte** aus Großbritannien nach Brokdorf zuständig ist, teilt auf ihrer Homepage mit: „Im Laufe des Jahres 2026 plant die GNS Gesellschaft für **Nuklear-Service** mbH im Auftrag der deutschen Kernkraftwerksbetreiber den Rücktransport von radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im englischen Sellafield in das staatliche Zwischenlager Brokdorf. Für den Transport hat das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)** in dieser Woche die erforderliche Transportgenehmigung gemäß § 4 AtG erteilt. Mit diesem Transport werden die letzten Abfälle aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im Ausland nach Deutschland zurückgebracht.“ Dort ist die PM vollständig.

Hier die vollständige PM der GNS als Dokumentation: Rücknahme deutscher Wiederaufarbeitungsabfälle vor dem Abschluss

20.03.2026

Transport aus England zum Zwischenlager Brokdorf genehmigt

Im Laufe des Jahres 2026 plant die GNS Gesellschaft für **Nuklear-Service** mbH im Auftrag der deutschen Kernkraftwerksbetreiber den Rücktransport von radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung deutscher

Brennelemente im englischen Sellafield in das staatliche Zwischenlager Brokdorf. Für den Transport hat das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in dieser Woche die erforderliche Transportgenehmigung gemäß § 4 AtG erteilt. Mit diesem Transport werden die letzten Abfälle aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im Ausland nach Deutschland zurückgebracht.

Der Transport wird von der Wiederaufarbeitungsanlage in Sellafield über einen englischen und einen deutschen Seehafen zum staatlichen Zwischenlager in Brokdorf in Schleswig-Holstein führen. Er umfasst sieben für diesen Zweck ausgelegte Sicherheitsbehälter vom Typ CASTOR® HAW28M. Der Transport soll im Laufe dieses Jahres durchgeführt werden. Die vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) erteilte Transportgenehmigung gemäß § 4 AtG ist bis Jahresende gültig. Aus Sicherheitsgründen werden weder der Transporttermin noch die genaue Transportstrecke vorab bekanntgegeben.

Die Betreiber der deutschen Kernkraftwerke haben sich zur Rücknahme der Abfälle aus der Wiederaufarbeitung ihrer Brennelemente im Ausland vertraglich verpflichtet. Als zentralen Dienstleister für die Abwicklung der Rückführung haben sie die GNS Gesellschaft für Nuklear-Service beauftragt. Darüber hinaus bestehen völkerrechtliche Vereinbarungen zwischen Deutschland und Großbritannien, die die Rücknahme sicherstellen. Die Aufteilung der letzten noch aus dem Ausland zurückzuführenden Wiederaufarbeitungsabfälle auf mehrere Zwischenlagerstandorte basiert auf einem Konzept der Bundesregierung aus dem Jahr 2015.

Die Aufbewahrungsgenehmigung gemäß § 6 AtG zur Einlagerung der verglasten Wiederaufarbeitungsabfälle hatte die bundeseigene BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH, die das Zwischenlager Brokdorf betreibt, bereits im März 2024 vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) erhalten. GNS-Infoportal zur Rückführung

Umfassende Informationen rund um die Rückführung deutscher Wiederaufarbeitungsabfälle und den anstehenden Transport hat die GNS auf einer gesonderten Website zusammengestellt. Hier finden sich weitere Hintergrundinformationen, Fotos und Grafiken sowie Ansprechpartner der beteiligten Unternehmen unter rueckfuehrung.gns.de. Weiterführende Informationen Wiederaufarbeitung und Rücknahme der Abfälle

Bis zum Jahr 2005 war es gängige Praxis, dass ein Teil der in deutschen Kernkraftwerken verbrauchten Brennelemente zur Wiederaufarbeitung in entsprechende Einrichtungen in England und Frankreich gebracht wurde. Nach ihrem Einsatz in den Kernkraftwerken enthielten die Brennelemente weiterhin verwertbare Brennstoffreste, deren Aufarbeitung und Wiederverwendung sowohl wirtschaftlich sinnvoll war als auch zur Reduzierung der zu entsorgenden Abfallmengen beitrug. Zurück blieben nicht mehr verwertbare radioaktive Stoffe, die entsorgt werden müssen. Zu ihrer Rücknahme haben sich die Kernkraftwerksbetreiber privatrechtlich sowie die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verpflichtet.

Die Praxis der Wiederaufarbeitung wurde von der Bundesregierung im Jahr 2005 gesetzlich beendet. Die Verpflichtung Deutschlands und der deutschen Kernkraftwerksbetreiber zur Rücknahme der bei der Wiederaufarbeitung verbliebenen Abfälle blieb jedoch bestehen. Der größte Teil dieser Abfälle wurde bis 2011 in zwölf Transporten mit insgesamt 108 Behältern aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in das zentrale Zwischenlager Gorleben gebracht und dort eingelagert. Konzept der

Bundesregierung

Im Jahr 2015 stellte die Bundesregierung ein Konzept für die Aufbewahrung der noch zurückzuführenden deutschen Abfälle an vier weiteren Standorten vor. Es sieht vor, dass die verbliebenen Abfälle aus Frankreich im staatlichen Brennelemente-Zwischenlager Philippsburg eingelagert werden und die Abfälle aus England auf die staatlichen Brennelemente-Zwischenlager in Biblis, Brokdorf und Isar verteilt werden. Alle diese Zwischenlager werden von der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH betrieben. Die regionale Verteilung der Abfälle orientiert sich am Verursacherprinzip. Dabei wurden auch die in Gorleben bereits eingelagerten 108 Behälter mit Wiederaufarbeitungsabfällen berücksichtigt.

Das Konzept der Bundesregierung nennt außerdem den von der GNS entwickelten und hergestellten CASTOR® -Behälter vom Typ HAW28M als den für Transport und Lagerung geeigneten Behälter und hält fest, dass die Zwischenlagerung der Abfälle in diesem Behältertyp und in den genannten Lagern rechtlich und technisch möglich ist.

Die letzten Abfälle aus La Hague wurden im November 2024 in vier CASTOR® -Behältern vom Typ HAW28M auf der Schiene zum staatlichen Brennelemente-Zwischenlager Philippsburg gebracht. Die Rückführung aus Frankreich ist damit abgeschlossen.

Aus Sellafield in England waren insgesamt 20 CASTOR® -Behälter vom Typ HAW28M mit Abfällen nach Deutschland zurückzubringen. Sechs davon wurden im Jahr 2020 im staatlichen Zwischenlager Biblis eingelagert, sieben im Jahr 2025 im Zwischenlager Isar. Die letzten sieben Behälter kommen nun 2026 nach Brokdorf.

Mit Abschluss dieser Transporte haben die deutschen Kernkraftwerksbetreiber ihre Rücknahmeverpflichtungen sowie die Bundesrepublik Deutschland ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber Frankreich und Großbritannien umfassend erfüllt. Sicherheit und Strahlenschutz

Die Sicherheit von Mensch und Umwelt steht bei Transport und Lagerung radioaktiver Materialien immer an erster Stelle. Eine Genehmigung für Transport oder Lagerung wird in Deutschland nur erteilt, wenn zuvor nachgewiesen wurde, dass alle Vorschriften und Grenzwerte zuverlässig eingehalten werden. Entsprechend werden auch für diesen Transport umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Die Strahlung der Abfälle wird nach außen massiv abgeschirmt. Die Abfälle werden in der Wiederaufarbeitungsanlage mit flüssigem Silikatglas vermischt und in zylindrische Behälter aus Edelstahl gegossen. Nach dem Aushärten werden diese dicht verschlossen und als sogenannte Glaskokillen bezeichnet. Für Transport und Lagerung werden die Glaskokillen in speziell für diese Abfallart konstruierten CASTOR® -Behälter vom Typ HAW28M eingebracht. Dabei handelt es sich um massive, über 100 Tonnen schwere Behälter aus Gusseisen und Edelstahl, für die in umfassenden Tests nachgewiesen wurde, dass sie auch unter extremen Bedingungen sicher sind.

Unterstütze umweltFAIRaendern.de - Abonniere den kostenlosen Newsletter.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Trading-Treff

Kepeco E&C Aktie: Nuklear-Boom beflügelt

22. März 2026 16:38 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Kepeco Engineering & Construction reitet auf einer Erfolgswelle. Während die globale Nachfrage nach Kernenergie steigt, hat sich der Börsenwert des südkoreanischen Spezialisten seit Jahresbeginn fast verdoppelt. Neue Allianzen und Großaufträge im Ausland nähren die Hoffnung, dass die Bewertungsgrenzen der Vergangenheit endgültig gesprengt werden.

Die jüngste Kursrallye wird durch deutliche Aufstufungen untermauert. Hanwha Investment & Securities **hob** das Kursziel für das Papier am 11. März massiv von 135.000 auf 210.000 KRW an. Die Experten begründen diesen Schritt mit dem erfolgreichen Vorstoß in internationale Märkte. Sollte das Unternehmen über bestehende Kooperationen hinaus weitere greifbare Fortschritte erzielen, könnte die Bewertung laut Analystenmeinung bisherige Höchststände weit hinter sich lassen.

Auch LS Securities schloss sich dem Optimismus an und erhöhte das Ziel auf 190.000 KRW. Trotz eines eher verhaltenen Vorjahres rechnen die Marktbeobachter für 2026 mit einer dynamischen Erholung. Treiber dieser Entwicklung sind vor allem die steigenden Fortschrittsraten bei großen Designprojekten sowie erste Einnahmen aus der Vorplanung neuer Kernkraftwerkseinheiten.

Das Fundament für das Wachstum bilden strategische Partnerschaften. Im Januar besiegelte Kepeco E&C eine Allianz mit HanmiGlobal und dem britischen Unternehmen Turner & Townsend, um weltweit **nukleare** Großprojekte zu realisieren. Diese Zusammenarbeit trägt bereits Früchte: Ein im Dezember gesicherter Auftrag für tschechische **Atomanlagen** sowie ein neuer Kontrakt für einen Offshore-Windpark in Wando Geumil markieren den Wendepunkt für die Umsatzentwicklung.

Das Geschäftsmodell profitiert dabei von der Spezialisierung auf das gesamte Spektrum der Kraftwerkstechnik. Neben dem Kerngeschäft mit Kernreaktoren gewinnt das Segment für neue Energien an Bedeutung. Hier fokussiert sich das Unternehmen auf Windkraft, Solarprojekte und Brennstoffzellen, um von der globalen Energiewende zu profitieren.

Die aktuelle Marktdynamik spielt dem Konzern in die Karten. Sowohl im Inland als auch international steigt der Bedarf an nachhaltigen und effizienten Energielösungen. Kepeco E&C ist durch seine Expertise bei fortschrittlichen Reaktortechnologien gut positioniert, um von diesem langfristigen Investitionszyklus in die

globale Energieinfrastruktur zu profitieren. Entscheidend wird nun die Geschwindigkeit sein, mit der die neuen Aufträge in die Bilanz einfließen.

Kepeco Engineering & Construction-Aktie: Kaufen oder verkaufen?! Neue Kepeco Engineering & Construction-Analyse vom 22. März liefert die Antwort:

Die neusten Kepeco Engineering & Construction-Zahlen sprechen eine klare Sprache: Dringender Handlungsbedarf für Kepeco Engineering & Construction-Aktionäre. Lohnt sich ein Einstieg oder sollten Sie lieber verkaufen? In der aktuellen Gratis-Analyse vom 22. März erfahren Sie was jetzt zu tun ist.

Kepeco Engineering & Construction: Kaufen oder verkaufen? Hier weiterlesen...

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Cleanthinking

Kommentar zu SMR und Atomkraft: Harald Lesch zerlegt von der Leyens „strategischen Fehler“ von Friedemann Volk

22. März 2026 12:28 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

On 22. März 2026

Der Physiker erklärt, warum kleine, modulare Kernreaktoren ökonomisch wie technisch keine Antwort auf die Energiewende sind

In Deutschland kann man die **Atomuhr** danach stellen: Irgendwann kommt sie wieder, die Debatte über Kernenergie. Jetzt sollen es kleine modulare Reaktoren (SMR) richten. Vergessen ist, dass der **Atomausstieg** im breiten gesellschaftlichen Konsens geschah; vergessen, dass Ministerpräsident Söder bei einem Nicht-Ausstieg einst mit Rücktritt drohte. Doch jetzt hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen diesen Ausstieg als 'strategischen Fehler' bezeichnet. Eine Aussage, die den Physiker Prof. Harald Lesch schwer erschüttert, wie er jetzt verriet.

„Ich bin schwer erschüttert von Frau von der Leyen, dass sie beim Thema Energie solche Aussagen macht“, sagte Lesch im Interview mit WEB.DE News. „Die Abkehr von der teuersten Energiequelle zu einem strategischen Fehler zu erklären, ist nicht im Geringsten nachvollziehbar.“ Der Wissenschaftsjournalist erinnert daran, dass von der Leyen mit dem Green Deal einst selbst für Aufbruchstimmung gesorgt hatte:

„Mit ihrem Green Deal hat sie uns allen Hoffnung gegeben, dass endlich Vernunft in die Europäische Union einzieht.“

Dass ausgerechnet sie nun auf eine Technologie setze, die physikalisch, ökonomisch und sicherheitstechnisch in einer Sackgasse steckt, sei für ihn nicht nachvollziehbar. Lesch: „Frau von der Leyen ist keine Kernphysikerin. Es ist unbegreiflich, wer ihr das eingeredet hat.“

SMR: Mehr **Atom Müll**, keine Skalierung, keine Lösung

Im Zentrum der europäischen **Atomoffensive** stehen die „Kleinen, modularen Reaktoren“, kurz SMR. Das politische Versprechen: kleinere, günstigere, serientaugliche Reaktoren, die den Weg in eine neue **nukleare** Ära ebnen. Die physikalische Realität sieht grundlegend anders aus. SMR erzeugen zwischen fünf- und 30-mal mehr radioaktiven Abfall als große Reaktoren, weil sie weniger effizient arbeiten. Was als Innovation verkauft wird, verschärft das bestehende Müllproblem erheblich.

Die Behauptung, neue Reaktortypen könnten mit altem **Atom Müll** betrieben werden, weist Lesch entschieden zurück. „**Atom Müll** als Brennstoff zu benutzen ist ein wunderbares Märchen, das noch nirgendwo auf der Welt wahr geworden ist“, sagte er gegenüber WEB.DE News. „Was da behauptet wird, ist Science-Fiction.“ Er verweist auf die Gutachten des **Bundesamts** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** (BASE), das zu denselben Schlüssen komme. Das seien nette Versprechen. Mehr nicht.

Auch die Idee einer industriellen Serienproduktion hält der Physiker für eine Illusion. „Im Vergleich zu Photovoltaik-Kraftwerken wird ein **Atomkraftwerk** nie seriell hergestellt werden können“, sagte er. Jede einzelne Unterlegscheibe in einem Kernkraftwerk müsse höchsten Sicherheitsstandards entsprechen. „Das wird niemals günstiger werden.“ Wer einen Rolls-Royce in Handarbeit baut, kann nicht plötzlich Fließbandpreise versprechen, egal wie klein er das Modell macht. Was eine Kilowattstunde **Atomstrom** wirklich kostet

Die Kostenfrage ist das stärkste Argument gegen den **nuklearen** Kurs. Neue Kernkraftwerke kommen nach US-Daten, vom Fraunhofer-Institut auf deutsche Verhältnisse umgerechnet, auf 13,6 bis 49 Cent pro Kilowattstunde. Wohlgemerkt: ohne **Endlagerungskosten**. Zum Vergleich: Onshore-Wind liegt bei 3,9 bis 9,2 Cent, Photovoltaik bei 3 bis 6 Cent. Erneuerbare Energien sind also nicht nur klimafreundlicher, sondern um ein Vielfaches günstiger.

Wer dagegen mit den 2,7 Cent pro Kilowattstunde alter, längst abgeschriebener Reaktoren argumentiert, vergleicht Äpfel mit Birnen. Diese Zahl enthält weder Bau- noch Renovierungskosten, keine Rückstellungen für die **Endlagerung** und keine Versicherung. Kein privater Versicherer auf der Welt deckt das Risiko eines Kernkraftwerks ab. Ohne staatliche Bürgschaften und Subventionen gäbe es **Atomstrom** in Europa schlicht nicht. Das ist keine Ideologie, sondern Betriebswirtschaft. Der Elefant im Raum: **Atom Müll** ohne **Endlager**

Das gravierendste Problem wird in der politischen Debatte konsequent ausgeblendet. „Bislang hat kein Wissenschaftler auf der Welt eine zufriedenstellende Lösung für die Lagerung von hochradioaktivem Müll geliefert“, sagte Lesch. Finnland hat ein **Endlager** in Betrieb, Schweden baut eines. Deutschland rechnet frühestens 2074 mit einer Lösung. Wer jetzt neue Reaktoren in Betrieb nehmen will, produziert neuen Müll

für ein Problem, das beim alten Müll nicht einmal ansatzweise gelöst ist.

Schon die bestehenden Zwischenlager sind ein Sicherheitsrisiko. In Deutschland stehen Castor-Behälter oberirdisch in Hallen, deren Standorte öffentlich bekannt sind. „Russische Agenten können praktisch im Homeoffice potenzielle Angriffsziele suchen“, sagte Lesch gegenüber WEB.DE News. Es ist ein Satz, den man in der Atomdebatte nicht hören will. Aber er beschreibt die Realität.

Wo das Geld stattdessen hingehört

Leschs Gegenvorschlag ist so klar wie seine Kritik. „Wir sollten all das Geld, das wir jetzt in die Erforschung neuer Atomtechnologien oder auch Kernfusionsforschung stecken wollen, in den Ausbau von Erneuerbaren investieren“, sagte er. Allein die klimaschädlichen Subventionen in Deutschland belaufen sich auf rund 60 Milliarden Euro jährlich. Darunter 18 Cent Subvention pro Liter Diesel. Mit einem Bruchteil dieser Summe ließe sich die Energiewende massiv beschleunigen.

Dabei lenkt die gesamte Atomdebatte vom eigentlichen Abhängigkeitsproblem ab. Deutschland importierte 2024 rund 22 Terawattstunden elektrische Energie, aber etwa 3.125 Terawattstunden in Form von Öl, Gas und Kohle. „Der Stromsektor ist also irrelevant“, so Lesch. Die fossile Abhängigkeit sitzt im Wärme- und Verkehrssektor. Wer über Atomstrom redet, statt über Elektrifizierung, Wärmepumpen und Erneuerbare, verpasst das eigentliche Thema. Anzeigen

In Deutschland ist unterdessen nicht von einer Renaissance der Atomkraft auszugehen. Zwar trommelt Markus Söder für irgendwelche SMR-Pilotprojekte in Bayern. Kanzler Merz, Wirtschaftsministerin Reiche, Energiepolitikerin Scheer oder Umweltminister Schneider haben glasklar Position bezogen: Es wird ein wenig geforscht. Und das war es. So kann man auch das Ergebnis einer von der AfD gewollten Bundestagsdebatte zusammenfassen.

Fazit und Ausblick: SMR als Ablenkung von der echten Transformation

Harald Lesch spricht aus, was die Zahlen seit Jahren zeigen: Kernenergie ist teuer, langsam und löst kein einziges Energieproblem schneller als Erneuerbare. SMR sind kein technologischer Durchbruch, sondern ein politisches Ablenkungsmanöver, das Zeit und Kapital bindet, die für die echte Transformation fehlen. Dass die EU-Kommission diesen Kurs einschlägt, während Solar- und Windenergie Rekorde brechen, ist das eigentliche Signal: Es geht nicht um die beste Technologie, sondern um politische Interessen. Das vollständige Gespräch mit Prof. Harald Lesch ist bei WEB.DE News abrufbar.

Liebe Leserinnen und Leser, sollte Ihnen dieser Artikel nützlich erschienen sein, freue ich mich als Autor darüber, wenn Sie den kostenlosen Cleanthinking-Newsletter abonnieren. Das geht hier bei Steady. Vielen Dank!

Affiliate Links / Bilder von der Amazon Product Advertising API Teilen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



web.de

Nächstes deutsches AKW? "Auf Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben"

22. März 2026 04:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Lesedauer: 6 Min.

Die Atom-Debatte ist wieder da. Laut Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen soll Europa eine entscheidende Rolle bei der Atomforschung übernehmen. "Unbegreiflich", sagt Physikprofessor und TV-Moderator Harald Lesch.

Ein Interview

von

"Es ist Zeit für eine neue Epoche der Kernenergie", sagt Bayerns Ministerpräsident (CSU). EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spricht davon, dass Europa eine "Schlüsselrolle" in der Entwicklung neuer Atomtechnologien spielen soll. Alles Quatsch sagt der Physikprofessor und TV-Moderator Harald Lesch.

Für ihn gibt es nur einen Weg, wie Deutschland und Europa ihre Klimaziele einhalten können: Erneuerbare Energien. Das Geld, das jetzt in die Atomindustrie gesteckt werden soll, wäre besser in Solar- und Wind- und Batterietechnik investiert, sagt im Gespräch mit unserer Redaktion. Sein Rat für die Zukunft: Es sollten sich nur Leute mit Sachkompetenz zu solchen Themen äußern.

Herr Lesch, die EU-Kommissionspräsidentin hat den deutschen Atomausstieg einen "strategischen Fehler" genannt. Hat sie recht?

Harald Lesch: Ich habe grundsätzlich den Eindruck, dass sehr viele Leute über Kernenergie sprechen, die wirklich überhaupt keine Ahnung von dem Thema haben. Das Thema sollte nur von Menschen mit Sachkompetenz besprochen werden. Von Menschen, die wirklich wissen, worum es geht. Harald Lesch

Also hat sie nicht recht?

Wir sind auf der ganzen Welt in der Energierevolution angekommen. Großkraftwerke wie eben Kernkraftwerke spielen eine immer geringere Rolle. Und ausgerechnet jetzt, während erneuerbare Energien

überall auf dem Vormarsch sind, beharrt die EU wieder darauf, aus ökonomischen Gründen zur Atomkraft zurückzugehen. Es wirkt, als hätten sie keine Ahnung von Ökonomie. Die Abkehr von der teuersten Energiequelle zu einem strategischen Fehler zu erklären, ist nicht im Geringsten nachvollziehbar.

Die EU-Kommissionspräsidentin befindet sich also auf dem Holzweg.

Ich bin schwer erschüttert von Frau von der Leyen, dass sie beim Thema Energie solche Aussagen macht. Mit ihrem Green Deal hat sie uns allen Hoffnung gegeben, dass endlich Vernunft in die Europäische Union einzieht. Frau von der Leyen ist keine Kernphysikerin. Es ist unbegreiflich, wer ihr das eingeredet hat.

Ein Verdächtiger ist wohl. Frankreich will massiv seine Atomenergieindustrie ausbauen – dem Präsidenten fehlt nur das Geld.

Die französische Betreibergesellschaft für Kernkraftwerke EDF ist im mittleren zweistelligen Milliardenbereich verschuldet. Das beweist, das ganze Geschäft lohnt sich nicht. Sogar der französische Rechnungshof hat dem Präsidenten gesagt, er soll die Finger von Kernkraftwerken lassen. Er sollte das Geld lieber in den Wind- und Solarausbau stecken.

Die EU will jetzt auch Investoren mit finanziellen Anreizen locken, in neue Atomtechnologie zu investieren. Sind Kernkraftwerke im Kleinformat der neue Hit?

Frau von der Leyen hätte einfach beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in Berlin anrufen können. Die hätten ihr gesagt, dass es keine zivilbetriebenen Mini-Reaktoren ("Small Modular Reactor", SMR) gibt. Auch die Versuche, Reaktoren mit Alternativen zur Wasserkühlung zu bauen, sind alle gescheitert. Ökonomisch gesehen gibt es keine skalierbare Technologie in diesem Bereich.

Derweil gelten SMR, also in Serie hergestellte Mini-AKW, als die Zukunft der Atomindustrie.

Im Vergleich zu Photovoltaik-Kraftwerken wird ein Atomkraftwerk nie seriell hergestellt werden können. Es ist, egal wie groß es ist, der handgemachte Rolls-Royce der Kraftwerke. Hier muss jede Unterlegscheibe hohen Sicherheitsstandards entsprechen. Das wird niemals günstiger werden. Harald Lesch

Also ist die Atomkraft ein totes Pferd?

Ich verstehe nicht, welche Volkswirte in Brüssel am Werk sind, dass man dort ernsthaft glaubt, Kernenergie könnte sich rechnen. Der World Nuclear Industry Report zeigt deutlich, dass bis auf China die Kernkraft weltweit ein Rohrkrepierer ist.

Was macht China anders?

China hat früh alle Arten von Energieerzeugung ausgebaut und setzt inzwischen auch stark auf erneuerbare Energien. Das Land leidet kaum unter dem Ölengpass durch die Sperrung der Straße von Hormus. Hätten wir vor 40 Jahren angefangen unsere Wärme- und Energieerzeugung sowie unsere Mobilität umzustellen, würden wir heute über zwei Euro für einen Liter Superbenzin lachen. Wir würden längst alle E-Autos fahren und in unseren Häusern Wärmepumpen betreiben. Die ganze Welt könnte uns den elektrischen Buckel

runterrutschen.

Dennoch gibt es immer wieder Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftsvertreter, die sich für **Atomenergie** aussprechen. In den USA soll beispielsweise bald ein Mini-Reaktor Wärme für einen angrenzenden Chemiepark liefern.

Eine gefährliche Technologie neben eine nicht minder gefährliche Technologie zu stellen, ist Quatsch. Wir werden auf Dauer kein Problem mit Wärme haben, sondern mit Kühlung. Vor allem im Sommer brauchen Kernkraftwerke eine enorme Menge Wasser. Wasser wird aber in Zukunft immer wichtiger, das sollten wir nicht durch den sprichwörtlichen Kamin jagen. Wir haben jetzt schon ein Problem mit Dürren.

Und Deutschland hat ein Problem mit **Atommüll**, oder?

Das Thema **Endlager** ist der eigentliche Elefant im Raum. Das wird in der Debatte nie angesprochen. Es geht immer nur um Betriebskosten. Aber dass bei uns zahlreiche Castor-Container oberirdisch in irgendwelchen Lagerhallen stehen, wird ignoriert. Ihr Standort ist auch kein Geheimnis. Russische Agenten können praktisch im Homeoffice potenzielle Angriffsziele suchen. Außerdem hat bislang kein Wissenschaftler auf der Welt eine zufriedenstellende Lösung für die Lagerung von hochradioaktivem Müll geliefert.

Die neuen Reaktortypen sollen so gut wie keinen **Atommüll** mehr erzeugen oder sogar selbst damit betrieben werden.

Small Modular Reaktoren erzeugen zwischen fünf- und 30-mal mehr radioaktiven Abfall als große Reaktoren, weil sie ineffizienter verbrennen. Und **Atommüll** als Brennstoff zu benutzen ist ein wunderbares Märchen, das noch nirgendwo auf der Welt wahr geworden ist. Was da behauptet wird, ist Science-Fiction. Dazu muss man sich nur die Gutachten der **BASE** anschauen oder die Experten fragen, die sich seit Jahren damit beschäftigen. Die sagen alle, das sind nette Versprechen.

Nach dem Abschalten der letzten drei Kernkraftwerke wurde häufig die Kritik laut, dass sich Deutschland vom Energieexporteur zum -importeur gewandelt hat. Haben wir ein Energieproblem?

Die Antwort ist klar nein! Wir haben ein europäisches Energienetz und importieren Energie, wenn sie woanders billiger hergestellt wird – auch durch Erneuerbare. Wir exportieren auch eine Menge Energie, wenn woanders Flaute herrscht. Und mit dem Ausbau von Speicherbatterien beginnt eine große Revolution des Energiemarkts. Aber das Problem liegt an einer anderen Stelle. Harald Lesch

Wo?

2024 hat Deutschland rund 22 Terawattstunden elektrische Energie importiert. Bei Öl, Gas und Kohle haben wir etwa 3.125 Terawattstunden importiert. Der Stromsektor ist also irrelevant. Wir spüren den Importüberschuss eher an den Tankstellen und bei unseren Öl- und Gasheizungen. Die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen ist dramatisch. Natürlich werden wir weiterhin ein paar Gaskraftwerke brauchen, aber langfristig werden wir unseren Strombedarf – selbst bei weiterem Ausbau von E-Mobilität und Wärmepumpen – mit erneuerbaren Energien und dem gleichzeitigen Ausbau von Speichermöglichkeiten

und Netzen decken können.

Bleibt Deutschland dafür noch genug Zeit?

Energie zu speichern und zu verkaufen, wird ein Geschäftsmodell. Es werden Energiegenossenschaften und Start-ups, die Batteriespeicher betreiben, gegründet. Wären wir noch so ein Wirtschaftswunderland wie früher, würden wir diese Dinge relativ schnell umsetzen, aber aktuell verwalten und bürokratisieren wir jede Kleinigkeit.

Derweil lechzt die Wirtschaft nach günstigem Strom.

Wir sollten all das Geld, dass wir jetzt in die Erforschung neuer **Atomtechnologien** oder auch Kernfusionsforschung stecken wollen, in den Ausbau von Erneuerbaren investieren. Zusätzlich sollten wir klimaschädliche Subventionen zurückfahren. Zurzeit subventionieren wir den Liter Diesel mit 18 Cent. Damit könnte man auch E-Mobilität fördern. Rund 60 Milliarden fließen derzeit noch in solch schädliche Subventionen. Mit dem Geld könnte man richtig was bewegen.

Atomstrom würde es in Deutschland ohne Subventionen sowieso nicht geben.

Zudem würde kein Versicherer **Atomkraftwerke** versichern. Das schreckt wiederum private Investoren ab. Ich bin mir sicher, der Bau des nächsten deutschen Kernkraftwerks wird auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben – ganz egal was aktuelle Stimmen dazu sagen.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Mannheimer Morgen

Neuer Leiter für den Betrieb der drei Zwischenlager in Biblis

20. März 2026 14:57 | Medienart: Online | Visits/Monat: 1.800.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Biblis. Philipp Hoppe trägt seit Februar die Verantwortung für den Betrieb der drei Zwischenlager am ehemaligen Kernkraftwerks-Standort Biblis, wo 40 Mitarbeitende beschäftigt sind. Mitte dieses Jahres wird das Team das neue Wach- und Funktionsgebäude beziehen. Das teilt die **BGZ** Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH mit Sitz in Essen mit.

Der gelernte Strahlenschutzingenieur war bereits während seines Studiums von 2009 bis 2012 im Kernkraftwerk Biblis tätig. Nach einer Zwischenstation bei der Gesellschaft für **Nuklear**-Service mbH (GNS)

kam er 2018 für den Energieversorger RWE zurück nach Biblis und wechselte anschließend zur **BGZ**, wie in der Pressemitteilung weiter ausgeführt wird.

Zuletzt war der 38-Jährige Leiter Überwachung bei der **BGZ** in Biblis. In dieser Funktion war er als Führungskraft unter anderem für die Dokumentation und die Qualitätssicherung verantwortlich. Sein Vorgänger Dirk Jonas leitete sieben Jahre die drei Zwischenlager in Biblis. Seine betrieblichen Erfahrungen bringt er nun auf übergeordneter Ebene für alle **BGZ**-Standorte ein.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Das Parlament

Wiedereinstieg in die Kernkraft - Die AfD trommelt erfolglos für ein Revival der Atomkraft

20. März 2026 12:04 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die AfD hat die jüngste Steilvorlage durch dankbar aufgenommen. Beim **Atomgipfel** vor gut zwei Wochen in Paris hatte von der Leyen die Abkehr von der **Atomkraft** in Europa als "strategischen Fehler" bezeichnet und von einer Renaissance der Kernenergie gesprochen, an der Europa teilhaben wolle.

Gleich zweimal **hob** die AfD-Fraktion das Thema am Donnerstag auf die Tagesordnung. Erst bei der Debatte über und wenig später bei einer Aktuellen Stunde.

Dabei wurde deutlich, dass sie mit ihrer alleinsteht, auch wenn Andreas Bleck (AfD) die Auffassung vertrat, der Bundestag könne "mit Mehrheiten von Union und AfD den Wiedereinstieg in die Kernenergie ermöglichen".

Seitens der Union wurde dies ausgeschlossen, gleichwohl aber die Einschätzung von der Leyens geteilt, die Abkehr von der. Vor allem sei es ein Fehler gewesen, " ", sagte Andreas Lenz (CSU)., beklagte er. Weder mit Blick auf die Potenziale bei der CO₂-Minderung noch bei den Preisen. Lenz gelangte gleichzeitig zu der Einschätzung, dass das letzte Zeitfenster für eine Reaktivierung der AKWs mittlerweile "leider" geschlossen sei.

AfD-Mann Bleck zeigte sich enttäuscht von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU). In dieser "großen Stunde der Energiesicherheit Europas" habe dieser sich einmal mehr "als kleiner Mann erwiesen". Noch im Sommer 2023 habe Merz in einem Interview gesagt, die Union würde sofort die stillgelegten Kernkraftwerke wieder

ans Netz nehmen, sagte er. Der Kanzler sei als "Anti-Merkel" gestartet "und als Merzel gelandet".

SPD, Grüne und Linke halten überhaupt nichts von der Atomkraft. Man dürfe nicht dem "französischen Holzweg" folgen, sagte Harald Ebner (Grüne). Nina Scheer (SPD) betonte, die erneuerbaren Energien seien die Zukunft. Für Janine Wissler (Linke) ist die Kernkraft eine "Hochrisikotechnologie, die sich auch ökonomisch nicht rechnet".

Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) bewertete die Atomenergie als unglaublich teuer, nur mit öffentlichen Subventionen funktionierend und gefährlich. "Das als Lösung zu verkaufen, ist doch Realsatire", befand er. Als Beleg für die Einigkeit innerhalb der Bundesregierung zog Schneider eine Äußerung des Bundeskanzlers heran. Merz habe gesagt, der Atomausstieg in Deutschland sei endgültig. "Damit hat er recht und ich bedanke mich für diese klaren Worte", sagte der Minister.

Dass bei der SPD die vom Koalitionspartner immer wieder ins Spiel gebrachten kleine Reaktoren, die sogenannten SMRs, nicht gerade gut ankommen, machte Nina Scheer deutlich. Sie seien nicht finanzierbar und würden nicht die Zukunft bringen, sagte sie. Harald Ebner stimmte der Aussage von der Leyens zu, dass Europa eigene und klimafreundliche Energiequellen braucht, um sich aus der zu lösen. "Das aber Atomkraft ein Teil davon wäre, ist aberwitzig falsch", sagte er.

Während die Energiepreise steigen, schlage die AfD die Rückkehr zur teuersten Stromerzeugung vor, sagte Janine Wissler. "Wer glaubt, dass man mit Atomkraft Kosten senken kann, sollte sich mit den Grundrechenarten vertraut machen", empfahl die Linken-Abgeordnete.
